

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

Kampf dem neuen Lohnraub!

Nicht „Stegerwald hilft!“ — Die Gewerkschaften und Arbeitermassen müssen selbst in Aktion treten!

Die Aufgaben der Gewerkschaften zum 30. April

Neuer Lohnabbau auf der ganzen Linie. Das ist die Parole des Kapitals für den 30. April. Damit ist eingetreten, was bei der Politik und Taktik der Gewerkschaftsführung kommen mußte. Sie verzichtet seit langem grundsätzlich auf den Kampf der Arbeiter, den Einsatz der Machtmittel der Gewerkschaften gegen Lohnabbau.

Die Gewerkschaftsführung kennt bei drohendem Lohnraub nur noch ein Mittel: Unterwürfige Bettelei an die Schlichter und die Regierung, daß sie doch keinen neuen Lohnabbau mehr versuchen möchten. Da die Brüning-Regierung aber mit ihrem arbeiterfeindlichen Arbeitsminister Stegerwald gerade die Stelle ist, die seit zwei Jahren planmäßig den Lohnraub für das Kapital durchführt, wird die elende Bettelei jedesmal mit einem neuen Schlag gegen die Arbeiter beantwortet. So kam zuletzt der größte Lohnabbau aller Zeiten durch die Notverordnung vom 8. Dezember v. J. zustande, den die Gewerkschaften ohne jeglichen Widerstand schluckten.

Den rebellierenden Arbeitern gegenüber kamen damals die Verbandsführer mit dem faulen Preisabbau-Versprechen des Reichskanzlers, daß, wenn die Preissenkung nicht den Lohnabbau ausgleiche, „im Frühjahr eine Revision der Löhne“ erfolge. Nun offenbart sich der ganze Schwindel. Während die Löhne um 12–20 Prozent gesenkt wurden, betrug der Preisabbau selbst nach amtlicher Statistik seit Dezember höchstens 6 Prozent. Die versprochene „Revision der Löhne“ mußte also jetzt eine Lohnerhöhung von 6–14 Prozent bringen.

Natürlich denkt heute weder die Regierung noch das Kapital an dieses Versprechen, vielmehr ist ihre Antwort: neuer Lohnabbau. Dabei ist bezeichnend, daß, wie wir gestern berichteten, die Berliner Kommunalbehörden, wo doch die SPD entscheidenden Einfluß hat, den Spitzenreiter beim neuen Lohnabbau macht. Darüber hinaus sind zahlreiche Unternehmergruppen zur Tarifkündigung zwecks Lohnkürzung geschritten. So planen die Zechenbarone an der Ruhr neben ihrer schon ausgesprochenen Kündigung des Manteltarifs auch die Lohnkürzung zum 31. Mai. Ebenso soll der obereschleische Bergarbeitertarif gekündigt werden. Schon in Kündigung zum 30. April stehen die Lohnsätze der Bauarbeiter, der Tabakarbeiter, der Buchdrucker und vieler Angestellten-Gruppen. Sicher werden in diesen Tagen noch für Millionen von Arbeitern und Angestellten die Tarife gekündigt.

Stegerwald hilft!

Was machen demgegenüber

die Gewerkschaften?

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund teilt mit:

„Am 30. März traten die Lohnpolitischen Sachbearbeiter der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen

Verbände zusammen, um zu ler aus dem drohenden Ablauf der Tarifverträge Ende April sich ergebenden Situation Stellung zu nehmen. In der Aussprache zeigte sich, daß der Umfang der seitens der Arbeitgeber erfolgenden Vertragskündigungen noch nicht abschließend zu übersehen ist. Immerhin lassen die bereits erfolgten Kündigungen erkennen, daß die Arbeitgeber erneut weitere Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen versuchen.

Demgegenüber wurde zum Ausdruck gebracht, daß schon die jetzigen gewaltig reduzierten Löhne ein Niveau geschaffen haben, das im stärksten Mißverhältnis zu den geringen durch die Preisabbauaktion erzielten Preissenkungen steht.

Übereinstimmend wurde betont, daß damit diejenige „Neue Situation“ gegeben sei, die der Reichskanzler bei dem allgemeinen Lohnabbau durch die Notverordnung als Ausgangspunkt für eine Revision der bisherigen amtlichen Lohnpolitik bezeichnet hat. Daß angesichts einer solchen Situation gar ein weiterer Lohnabbau in Betracht gezogen werden könnte, wurde allseitig mit Entschiedenheit abgelehnt. Die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Löhne (!) über den 30. 4. hinaus wurde allgemein als die Mindestforderung bezeichnet, die die Gewerkschaften gegenüber Regierung und Arbeitgebern zu stellen hätten.“

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften teilt mit:

„Nach unserer Auffassung laufen am 30. April nur gekündigte bzw. durch Notverordnung verlängerte Tarife ab. Da viele kurze Kündigungsfristen vereinbart sind, ist die Zahl der gekündigten Tarife nicht vor Anfang April mit einiger Sicherheit zu bestimmen. Sollten Verhandlungen durch Kündigungen notwendig werden, müssen jedoch Lohnsenkungen unter allen Umständen unterbleiben. Sollten an Lohnabbauwünschen der Arbeitgeber Neubeschlüsse von Tarifen scheitern, müßten wir Verbindlichkeitserklärungen verlangen. Notfalls käme eine Laufdauer-Verlängerung auf dem Gesetzgebungswege in Frage. Größte Gefahr sehen wir, wenn die Arbeiterschaft durch Tariflosigkeit und Ungewißheit über künftige Lohngestaltung ausgerechnet am 1. Mai beunruhigt würde.“

Man sieht, die Führungen der freien wie christlichen Gewerkschaften beziehen die gleiche Linie. Wieder kein Wort vom Kampf, kein Wort über Widerstand durch Einsatz der Arbeitermassen selbst. Wieder der Ruf an die Regierung, Stegerwald soll helfen.

Dabei verzichten die Gewerkschaftsleitungen gleich von vornherein auf die Erfüllung des „Versprechens“. Sie „fordern“ bzw. betteln die Regierung nur an, daß wenigstens die Löhne in bisheriger Höhe bleiben, d. h. sie verzichten auf den notwendigen Lohnausgleich. An sich ist es aber ganz gleichgültig, was die ADGB-Führer erbitten. Die Regierung macht ohnedies was sie will. Solange die Gewerk-

schaften nur bitten, solange kein Massendruck hinter ihren Forderungen steht, wird auch jetzt wie immer die Regierung auf die „Wünsche“ des ADGB pfeifen.

Daraus müssen die Arbeitermassen und Gewerkschaftsmitglieder die notwendigen Konsequenzen ziehen. Die Angst der Christen, wie auch verschiedener bürgerlicher Zeitungen vor den Auswirkungen des neuen Lohnabbaues zum 1. Mai zeigen den Arbeitermassen den Weg.

Die Arbeiter in Betrieb und Gewerkschaft müssen selbst in Aktion treten. Das geht aber nicht, wie die KPD- und RGO-Strategen predigen, ohne und gegen die Gewerkschaften. Alle Erfahrungen lehren, daß die RGO-Streikparolen nicht mehr wert sind, als die Bettelei

der ADGB-Führer. In beiden Fällen geschieht nämlich praktisch nichts. Alles muß daher darauf konzentriert werden, die organisierte gewerkschaftliche Macht einzusetzen. Nur mit Hilfe der Gewerkschaften können auch die Unorganisierten in den notwendigen Abwehrkampf gezogen werden. Deshalb keine, zur sicheren Niederlage verurteilte RGO-Sonderaktion. Vielmehr gilt es jetzt für alle kampf-gewintenen oppositionellen Arbeiter, die Massen in den Gewerkschaften zu mobilisieren und so einen radikalen Kurswechsel zu erzwingen unter der Losung:

Schluß mit der Tolerierungs- und Bettelpolitik in den Gewerkschaften. Einsatz der Kampfkraft der Arbeitermassen gegen den neuen Lohnraub!

Hugenberg pfeift und Goebbels tanzt

Nazi im Dienste des Kapitals

Ihre Enteignungsforderungen nicht einmal gegen die „jüdische Hochfinanz“ ernst gemeint

Hugenberg äußert sich in einem Leitartikel über die Frage, warum Hitler nicht im ersten Wahlgang zum Reichspräsidenten gewählt ist. Er sagt da:

„Wenn nicht Millionen von der Sorge vor dem beherrschten gewesen wären, was ein reines nationalsozialistisches Regiment bringen könnte, so hätten die Kandidaten der nationalen Opposition 4 bis 5 Millionen Stimmen mehr und Hindenburg ebensoviel weniger Stimmen erhalten. Es geht nicht an, daß nunmehr alle diejenigen Angst vor der nationalen Bewegung bekommen, die zwar diese und ihren Sieg wollen, nicht aber Sozialismus und eine unüberlegte Politik.“

Das ist deutlich! Die Angst davor, die Nationalsozialisten könnten das Privateigentum antasteten, beherrscht jene Großbourgeoisie, die diese Naziherden erst groß gezogen hat. Nun haben die Hakenkreuzler tatsächlich einen solchen Punkt im Programm, einen Punkt, auf den sich ihre „sozialistische“ Demagogie stützt. Aber keine Sorge! Das ist alles nicht so ernst gemeint! Mit affentlicher Geschwindigkeit beruhigt Herr Goebbels diese großkapitalistischen Sorgen, indem er im „Angriff“ schreibt:

Punkt 17 des nationalsozialistischen Programms lautet:

„Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke. Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation.“

Adolf Hitler hat, als die bewußt falsche Auslegung

dieses Programmpunktes durch unsere Gegner kein Ende nehmen wollte, am 18. April 1928 folgendes erklärt:

„Gegenüber den vorliegenden Aus-

legungen des Punktes 17 des Programms der NSDAP seitens unserer Gegner ist folgende Feststellung notwendig:

Da die NSDAP auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus „Unentgeltliche Enteignung“ nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird, wenn nötig zu enteignen. Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdischen Grundstückspekulations-Gesellschaften.“

Der Punkt 17 richtet sich also fast ausschließlich gegen die meist jüdischen Terraingesellschaften.

Also nur keine Angst! Den Großagrariern, den Vampyren des Großkapitals geschieht nichts. Ja, noch weniger! — Weiter heißt es in Goebbels „Angriff“:

„Nur weil wir dem schädlichen Treiben mancher Terraingesellschaften durch den Punkt 17 — im Interesse der Allgemeinheit — etwas Einhalt tun wollen, tönt das Geschrei.“

„Etwas Einhalt!“ Also nicht einmal die „jüdischen Terraingesellschaften“ sollen enteignet werden, nur „etwas“ Einhalt soll ihnen getan werden! Nun können nicht nur die großkapitalistischen Ausbeuter

beruhigt

über die Nationalsozialisten sein — nun können auch die jüdischen Terraingesellschaften Geld für den Wahlkampf der Nazis geben. Kommen die Nazis zur Macht — ihnen geschieht nichts. Sie sind gar nicht so böse, wie ihr Programm aussieht. Ans Enteignen denken sie gar nicht. Die Ausbeuter haben nichts von ihnen zu fürchten!

Wir haben das ja schon lange gesehen und ausgesprochen. Aber wenn Goebbels höchstselbst es sagt, verdient das natürlich besondere Beachtung.

Die Parteispaltung in Holland

Als aus der berühmten Tulpenstadt Haarlem die Kunde von der Spaltung der holländischen Arbeiterpartei und der sofortigen Aufrichtung einer neuen, unter dem vorläufigen Vorsitz von Edo Fimmen eintraf, beeilte sich der „Vorwärts“ sofort, der holländischen Sozialdemokratie seine Glückwünsche zu übermitteln. Der „Vorwärts“ besaß hierzu auch einen recht triftigen Grund: diejenigen, mit denen der holländische Parteivorstand jetzt das Tisch Tuch zerschnitten hat, waren nämlich seit langem die schärfsten Kritiker auch der Politik der deutschen Sozialdemokratie und ihrer Leitung. Diese Kritik ist nie verstummt und konnte auch nie verstummen, wie ja überhaupt bei allen Auseinandersetzungen in der holländischen Arbeiterpartei die Haltung der deutschen Sozialdemokratie stets eine entscheidende Rolle spielte. Vor allem seit der Spaltung in Deutschland rückte diese Frage mehr und mehr in den Vordergrund, denn wer Partei ergriff für die Wels und Konsorten, der mußte sich auch zum bedingungslosen Verteidiger ihrer Politik und all der damit verbundenen Konsequenzen aufwerfen, der mußte die Tolerierung der Brüning-Diktatur segnen und der mußte vor allem auch das Eintreten der Sozialdemokratie für Hindenburg gutheißen.

Das haben die offiziellen Organe der holländischen Partei auch redlich und mit heißem Bemühen besorgt. Keine Tat und keine Untat der deutschen Partei, die drüben nicht als höchste Weisheit des proletarischen Klassenkampfes gepriesen wurde, aber auch keine Verdammnis der SAP, die dort nicht eifrig nachgeplappert worden wäre. Doch indem die holländische Partei diese Stellung bezog, hat sie unfreiwillig nur ihren eigenen Charakter offenbart. Ihre Sympathien für Wels und Konsorten ergaben sich nicht lediglich aus den organisatorischen internationalen Bindungen, sondern sie wurzelten in der grundsätzlich gleichen Einstellung zu den der Arbeiterschaft gestellten Problemen.

Das ist bei den Auseinandersetzungen auf dem Osterkongreß mit aller Klarheit zum Ausdruck gekommen. Dort hat Albarda, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion, die den Delegierten zur Beantwortung vorgelegte Frage dahingehend präzisiert, daß es darum gehe, ob die Zeit gekommen ist, die Macht mit außerparlamentarischen Mitteln zu erobern. Auch Frank van der Goea, das theoretische Haupt der Partei, hat diese Plattform bezogen, wobei er insbesondere auf die Erfahrungen in Deutschland und England hinwies. Dem Zentralorgan der Partei warf er dabei vor, daß es nie auf die Hintergründe der Spaltung in Deutschland hingewiesen habe. „Hierüber wird nur in einer schmutzigen Weise geschrieben. Doch darf daran erinnert werden, daß die deutsche Mehrheit jetzt so tief gesunken ist, wie noch nie eine sozialdemokratische Partei... Und all dies geschieht zu Willen einer sogenannten Demokratie. Man meint, daß, wenn man nur die Gegner von den Aemtern fernhält, alles in Ordnung ist. Das ist der taktische Fehler. Man kümmert sich nicht darum, ob die Gegner mit außerparlamentarischen Mitteln, unter Umgehung der Aemter, sich große Teile der Macht aneignen. Seid im Hinblick auf dies alles vorsichtig mit eurem Vorwurf der Spaltung. Es bestehen entscheidende, grundsätzliche Differenzen zwischen Mehrheit und Minderheit.“

Nicht minder scharf ging van der Goea mit der englischen Arbeiterpartei ins Gericht, deren offizielle Politik ebenfalls zur Spaltung geführt hat, wobei allerdings, im Gegensatz zu Deutschland, die Massen der Partei der Führung rechtzeitig den Laufpaß gaben. „Die Ursachen dieser Erscheinung liegen nicht bei den Personen, der Fehler ist vielmehr, daß man blind auf den Besitz hoher Aemter starrt.“ Aus alledem ergebe sich die Notwendigkeit, endlich mit dieser nur und ausschließlich auf das Parlament abgestellten Politik zu brechen.

Das war der Punkt, an dem sich die Geister in Haarlem schieden und auch scheiden mußten. Die Frage selbst ist in Holland nicht ganz neu. Um sie herum entspannen sich schon seit langem lebhaft Diskussionen. Aber während es hierbei bis vor kurzem mehr oder weniger um rein theoretische Auseinandersetzungen ging, hat die verschiedene Beantwortung der Frage heute eine eminent praktische Bedeutung. Die Erfahrung hat gelehrt, daß, wer sich dem Nurparlamentarismus verschreibt, die Kampfkraft der Arbeiterklasse schwächt und lähmt und diese mit Haut und Haaren dem Bürgertum ausliefert. Und mag auch der holländische Reformismus für sich in Anspruch nehmen können, daß er bisher ein erfolgreicherer Wahrer der Arbeiterinteressen war als die deutsche Sozialdemokratie, so weist doch Deutschland den Weg, wohin jede derartige Politik notwendigerweise führen muß. Denn nicht die bessere und wachsamere Politik der holländischen Sozialdemokratie ist schuld, daß die Lage der Arbeiter dort heute

Der Vorwärts schweigt

Zu der Lohnabbauoffensive in den Berliner städtischen Betrieben

Die gesamte Presse berichtet über die von uns gestern behandelte Kündigung der Lohnsätze für 50.000 Arbeiter in den städtischen Betrieben Berlins. Nur der „Vorwärts“ schweigt noch immer. Warum wohl? Was veranlaßt ihn über eine so wichtige Tatsache kein Wort zu bringen? Die Erklärung liegt auf der Hand. Die Tarif-Kündigungen in den Berliner Kommunalbetrieben beweisen nämlich den Bankrott der ganzen SPD-Politik. Seit Jahr und Tag und ganz besonders jetzt wieder jammert die SPD-Presse über die „bornierten“ kapitalistischen Wirtschaftsführer, die ihr einziges Heil in Lohnkürzungen, in der „Schwächung der Massenkaukraft“ sehen und nicht die guten Ratschläge der SPD- und ADGB-Führer befolgen.

Jetzt zeigt sich also, daß die in den Berliner Kommunalbetrieben entscheidenden SPD-Größen genau so „borniert“ sind wie die übrigen Kapitalisten. Statt nach dem SPD-Rezept die „Massenkaukraft zu stärken“ durch Lohnhöhungen, stellen sich die „Sozialisten“ vom Schlage der Asch, Lange usw. mit ihren Tarifkündigungen an die Spitze der neuen Lohnabbauoffensive des Kapitals. Es ist offensichtlich, selbst den gewiß routinierten Stampferles im „Vorwärts“ unmöglich, ihren Lesern dafür eine plausible Begründung zu geben. Deshalb schweigt das SPD-Zentralorgan.

Gewiß, die Asch und Genossen werden auf die „Folgen der Krise“, auf die leeren Kassen in der Stadtverwaltung hinweisen. Aber das

sind auch die Argumente der Kapitalisten: Die kann der „Vorwärts“ seinen Lesern nicht gut vorsetzen. Aus denselben Gründen hüllen sich auch die mit der SPD-Führung versippten Leiter des Gesamtverbandes in Schweigen.

Die städtischen Arbeiter aber können und werden nicht schweigen. Sie müssen in ihrem ureigensten Interesse gegen jeden Lohnraub, ob er von Krupp und Borsig oder — von der kommunalen SPD-Bürokratie kommt, den entschlossenen Kampf führen. Wenn sich dieser Kampf gegen die sozialdemokratische Kommunalverwaltung richten muß, so ist das der sprechende Beweis dafür, daß erstens die SPD-Politik kapitalistisch ist und zweitens, daß jeder Versuch, mit kapitalistischen Methoden die heutige Krise lösen zu wollen, mit den Interessen der Arbeiterklasse unvereinbar ist. Die notwendige Mobilisierung aller städtischen Arbeiter gegen den geplanten Lohnraub kann daher nichts anderes sein, als ein Kampf gegen das ganze kapitalistische System.

Auch Metallindustrie kündigt

Das „BT.“ meldet:

In allen Bezirken der deutschen Metallindustrie, ausgenommen Berlin, sind die Manteltarife für die Arbeiter gekündigt worden. In drei Bezirken wurden auch von einzelnen Gruppen Kündigungen von Lohnabkommen ausgesprochen, doch ist die Zahl der von diesen Kündigungen betroffenen Arbeiter im Verhältnis zu der Arbeiterzahl in der gesamten Metallindustrie nur gering.

Am Montag Schiedsspruch im Baugewerbe

Am Donnerstag wurde auf Antrag der Bauunternehmer vor dem Berliner Schlichter Dr. Körner über die verlangten Lohnkürzungen verhandelt. Die Unternehmer fordern Abbau der Facharbeiterlöhne von 1,25 Mark auf 1,03 Mark und entsprechenden Abbau aller übrigen Bauarbeiterlöhne. Das genügt ihnen aber noch nicht. Sie stemmen sich jetzt schon gegen eine eventuelle Allgemeinverbindlichkeitserklärung selbst dieser niedrigen, 77% ihnen geforderten Tarifsätze, mit dem ausdrücklichen Verlangen, daß sie jederzeit die Möglichkeit zu noch weiterem Lohnabbau bekämen.

Man sieht, die Dreistigkeit der Baulöwen kennt keine Grenzen. Sie begründen ihre Forderungen damit, daß nur durch weit-re Lohnkürzung der Bauprodukt belebt werden könnte. Demgegenüber weisen die Gewerkschaftsvertreter nach, daß im vorigen Jahr die Löhne schon um 33 Prozent gekürzt wurden, die Arbeitszeit aber trotzdem immer größer geworden sei. Die Gewerkschaften verlangten: Fortbestehen des bisherigen Tarifs und Einführung der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich.

Ein Spruch wurde noch nicht gefällt. Dr. Körner erklärte, daß erst die ganze Materie gründlich geprüft und dann am Montag ein Schiedsspruch gefällt werden solle. Es ist

jetzt schon so gut wie sicher, daß der Schiedsspruch einen neuen Lohnabbau bringen wird.

Das können und dürfen aber die Bauarbeiter auf keinen Fall hinnehmen. Gewiß, bei ihnen sind die Kampfmöglichkeiten äußerst schlecht, denn zurzeit sind 80 und mehr Prozent arbeitslos. Hier, für die Bauarbeiter, gilt noch mehr als für die übrigen Arbeiter die von uns schon immer vertretene Auffassung, daß bei der Unmöglichkeit der nurgewerkschaftlichen Kämpfe die Widerstandskraft des Proletariats auf politischem Gebiet durch breite Massenaktionen mit politischen Forderungen gegen die ganze kapitalistische Herrschaft eingesetzt werden muß. In so geführten Massenkämpfen kann auch die große Masse von Arbeitslosen aktiv in den Kampf eingesetzt werden.

Der Staat soll alles blechen

London, 1. April 1932.

Wie „Financial News“ meldet, haben 109 Gläubigerbanken der Oesterreichischen Creditanstalt erklärt, die Vorschläge von Hengels nicht annehmen zu können. Viele Banken vertreten die Auffassung, daß sie, nachdem die österreichische Regierung ihre Ansprüche garantiert habe, ebenso Gläubiger der Regierung seien wie die Besitzer von österreichischen Anleihen, und daß deshalb etwaige Opfer gleichmäßig von allen Gläubigerkassen zu tragen seien.

noch über dem deutschen Niveau liegt, sondern nur der Umstand, daß einmal in Holland die Krisenwolken erheblich später aufzogen wie in Deutschland, und zum andern, daß der holländische Kapitalismus mit stärkeren Reserven in die Krise eingetreten ist. Je länger aber die Krise andauert, umso wichtiger werden die Schläge, die auf die Arbeiter niedersausen und als desto wertvoller muß sich auch in Holland die sogenannte Demokratie für die Arbeiterschaft erweisen.

Einen weiteren Streitpunkt bildete darum auf dem Kongreß die richtige Bewertung der Krise. Hat sie einen vergänglichen Charakter und erhebt sich hinter ihren Wolken ein neuer rosenroter Himmel, so daß die Arbeiterklasse hoffen kann, in der neuen Konjunktur wieder zu erobern, was ihr in der Krise genommen wird? Albarda und mit ihm die Mehrheit der Kongresser bejahte diese Frage, während die Opposition, namentlich durch ihren Sprecher de Kadt, sie entschieden verneinte. Eine Sonderstellung, die aber für den Reformismus alles andere als eine Stütze bildet, nahm der auch in Deutschland bekannte Krisentheoretiker Sam de Wolff ein, der zwar die Auffassung vertrat, daß demnächst eine neue Hausse-Periode eintreten werde, aber sogleich hinzufügte, daß diese kommende Periode „auch eine Periode gewaltigster Kriege im Kapitalismus sein wird, so daß man in Abwandlung eines Bibelwortes sagen könne: „Die Krise hat euch mit Geißeln gezüchtigt, die Hausse aber wird euch mit Skorpionen peinigen.“

Man muß anerkennen, daß in Haarlem um diese Probleme nicht nur mit großem Auf-

wand an Scharfsinn, sondern auch ohne jede gegenseitige persönliche Verbitterung gestritten wurde. Mehrheit und Minderheit schieden voneinander in dem Bewußtsein, daß die Gegensätze eine Ueberbrückung einfach ausschließen. Wenn aber der „Vorwärts“ nach berühmtem Muster in den Vorgängen in Holland. Niemand von diesen hat auf dem Konblik und diese der Spaltung beschuldigt, dann verschiebt er nicht nur die Schuldfrage, sondern er setzt sich auch in Widerspruch mit seinen eigenen politischen Freunden in Holland. Niemand von diesen hat nach dem Kongreß einen solchen erbärmlichen Anwurf gegen die Opposition gewagt, und in der Schlußsitzung des Kongresses hat sogar Oudegeest, dem derbe Grobheiten sonst sehr wohl liege, wörtlich erklärt: „Jeder wird das Austreten der Parteigenossen, die uns verließen, als etwas empfinden, was schmerzt. Wir hätten alle gerne gesehen, daß dieser Teil der Partei, der sich durch seine Aktivität und Temperament auszeichnete und der für die Partei so viel Gutes hätte leisten können, zusammen mit uns in Disziplin fortgewirkt hätte.“ Das klingt denn doch etwas anders wie im „Vorwärts“ und wenn sich dieser gar damit trösten zu können vermeint, daß in Holland neben der Sozialdemokratie keine neue Partei Bestand hat, so darf jene Erinnerung wachgerufen werden, mit der van der Goea sich von der alten Partei trennte, die er vor 40 Jahren ins Leben gerufen hatte. Auch damals war der Ausgangspunkt für die Gründung der Partei eine Spaltung und auch damals hatte man der neuen Partei jede Zukunft abgesprochen...

Achtung! Preußenwahl!

Der Preußische Minister des Innern teilt in seinem Runderlaß vom 14. 3. 32 (Ic 2006) mit, daß die Sozialistische Arbeiter-Partei Deutschlands zu denjenigen Parteien für die Wahl zum Preußischen Landtag zählt, die für die Einreichung ihrer Kreiswahlvorschläge nur 20 Unterschriften aufzubringen haben. Sämtliche Kreiswahlvorschläge müssen aber dem Landeswahlvorschlag der Sozialistischen Arbeiter-Partei angeschlossen werden. Wir machen unsere Genossen auf diese Tatsache aufmerksam. Sie müssen die Kreiswahlvorschläge mit 20 Unterschriften versehen, Listenverbindung der Kreiswahlvorschläge untereinander und Anschluß an den Landeswahlvorschlag der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands beantragen.

Der Parteivorstand.

SPD-Schwindel

Die sozialdemokratische Presse behauptet — und die Wiener „Arbeiterzeitung“ übernimmt den Schwindel kritiklos —, daß in Zwickau („Rosenfelds ehemaliger Hochburg“, schreibt das offenbar glänzend unterrichtete Wiener Blatt) die Thälmann-Stimmen um 2300 geringer gewesen seien, als die KPD-Stimmen der letzten Wahl. Die sozialdemokratischen Blätter schließen daraus auf die — von ihnen so sehnlich erwünschte — „Bedeutungslosigkeit“ der SAP. In Wahrheit hat

in der Stadt Zwickau Thälmann 1300

Stimmen mehr als die KPD bei der letzten

Wahl hatte.

Im Bezirk Zwickau-Plauen, einer Hochburg der SAP, hat die SAP zehntausende Stimmen dem proletarischen Kandidaten zugeführt, und dort hat Hindenburg erheblich weniger Stimmen erhalten, als vorher die schwarzweißgoldenen Hindenburgparteien.

Beim „Vorwärts“ wundert sich niemand über solchen Schwindel. Die „Wiener Arbeiterzeitung“ pflegte man sonst etwas ernster zu nehmen als den „Vorwärts“. Sie scheint Wert darauf zu legen, daß man das Urteil revidiert.

Ossietsky muß ins Gefängnis

B.S. Der Schriftleiter der „Weltbühne“, Carl v. Ossietzky, war bekanntlich am 23. November v. J. vom 4. Strafsenat des Reichsgerichts wegen Verrates militärischer Geheimnisse zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr sechs Monaten verurteilt worden, und zwar handelte es sich um Veröffentlichungen über deutsche Luftfahrtsfragen. Sein Verteidiger, RA. Dr. Apfel, hatte daraufhin an den Reichspräsidenten ein Gesuch gerichtet, die Gefängnisstrafe in Festungshaft umzuwandeln. Dieses Gnadengesuch wurde u. a. von Reichspräsident Löbe, Professor Schücking, Thomas Mann, Geheimrat Finkelnburg und dem Führer des ADGB, Leipart, unterstützt. Am Freitag hat nun der Oberreichsanwalt dem Verteidiger mitgeteilt, daß der Reichspräsident diese Begnadigung Ossietzkys abgelehnt habe.

Kämpfe in der Mandschurei

Am Donnerstag griffen chinesische Truppen die Stadt Nunang, südlich von Tschangtschun, an. Es kam zu einem scharfen Gefecht mit japanischen Truppen, denen es schließlich gelang, den chinesischen Angriff aufzuhalten. Die chinesische Ostbahn ist teilweise von chinesischen Soldaten besetzt worden.

Frankreich wählt Anfang Mai

Ministerpräsident Tardieu hat den Präsidenten der Republik von dem Entschluß der Regierung verständigt, die Kammerneuwahlen auf den 1. und 8. Mai festzusetzen. Der Präsident der Republik hat dem Vorschlag zugestimmt.

Berichtigung zum Parteitagebericht

Im Parteitagebericht über die Rede des Genossen Reichenbach-Düsseldorf in der Programmdiskussion ist an zwei Stellen infolge Hörfehlers der Stenographen der gleiche Druckfehler entstanden. Im Zusammenhang mit den Ausführungen über Rußland hat Genosse Reichenbach nicht gesagt, daß in Rußland eine „Kapitalsdiktatur“ herrsche, sondern er sprach von der Apparatdiktatur, die in Rußland herrsche und deren Anwendung auf die Parteien der III. Internationale die Ursache des Versagens der KPD wie der Verwirrung und Lähmung der Entwicklung des revolutionären Klassenbewußtseins in der deutschen Arbeiterschaft gewesen sei.

Als letzter Redner in der Diskussion über das Parteistatut hat Genosse Stierle-Frankfurt a. M. gesprochen; sein Name gehört über die Diskussionsrede, die irrümlicherweise in unserer Donnerstagsausgabe als Rede des Genossen Thiermann-Baden veröffentlicht worden ist.

Antimilitarismus und Sozialdemokratie

Die Urgründe der Panzerkreuzer-Politik / Von Otto Jacobsen

(Fortsetzung und Schluß.)

In der Begründung zu diesem Antrag führt Liebknecht aus:

„Beschließen Sie bitte die Schaffung dieses antimilitaristischen Ausschusses als eines Generalstabes gegen den Militarismus, d. h. gegen das stärkste Bollwerk des Kapitalismus, das uns noch lange widerstehen kann, wenn wir den Unverstand der Massen längst überwunden haben werden (lebhaftes Zustimmung), durch den der Kapitalismus sich vor der demokratischen Entwicklung verschanzte, sie verfälschte, und der unser Volk aufs schmerzhafteste brutalisiert und barbarisiert.“

Gegen diesen Vorschlag Liebknechts wendet sich August Bebel,

und das Schwergewicht seiner Autorität siegt, der Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Bebel führt gegen diesen Vorschlag nicht sachliche Argumente ins Feld, sondern technisch-formale Dinge, wie Kompetenzfragen: Wie der Ausschuss zusammengesetzt sein soll, welche besonderen Aufgaben er dann haben soll, und er beruft sich dabei auf die bisherige Leistung und Haltung der Partei. Er beruft sich unter anderem auf die parlamentarischen Aktionen. Bebel hat vergessen, daß es Liebknecht taktisch unmöglich war, vor der breitesten Öffentlichkeit Arbeitsmöglichkeiten, Einsatzmöglichkeiten des von ihm gedachten Generalstabs zur Bekämpfung des Militarismus zu entwickeln. Bebel hat ferner den zweifellos richtigen Ansatzpunkt Liebknechts nicht erkannt — der über die allgemeine Anfeuerung und Redensarten hinauswollte — zu größerer Aktivität und Beweglichkeit gegenüber dem gefährlichen Gegner: Militarismus. Aus Liebknechts Haltung geht vor allem hervor, daß er auf dem Standpunkt steht, daß der Kapitalismus auf keinen Fall ein „friedliches Hineinwachsen“, eine Demokratisierung zulassen wird. Die geschichtliche Entwicklung hat Liebknecht, wie wir in einem anderen Zusammenhang noch aufzuzeigen haben, rechtgegeben.

Passivität war der Grundzug der offiziellen Parteipolitik in bezug auf die Frage der Rüstung.

Man beschränkte sich auf Appelle an die Vernunft der Kapitalisten und das Weltbewusstsein, auf demonstrative, revolutionäre Aufrufe an die proletarischen Massen. Nicht scharf genug wurde herausgearbeitet, daß das Bestreben jeder bürgerlichen Abrüstung durch technische Verbesserungen zutreffend ist, d. h. neue Aufrüstung zur Folge hat, dem sozialistischen Ziel der Weltverbesserung stand entgegen die Politik des imperialistischen Kapitalismus, welche auf die Teilung der Weltbeute nicht verzichten konnte und den Kampf um die Absatzgebiete und die Interessensphäre nicht aufgeben wollte. Zum anderen war Weltrüstung das glänzendste Geschäft für die Rüstungsindustrie. Zu glauben, gegen diese Industrien auf friedlichem Wege das sozialistische Ziel erreichen zu können, heißt für einen Sozialisten illusionäre Politik treiben.

Noch ein Beispiel für den tiefen Einbruch opportunistischer Politik in die sozialistische Arbeiterbewegung: In einer Zeit, in der die Regierung mit den schärfsten Maßnahmen gegen die proletarisch-sozialistische Jugendbewegung vorging, von der die Regierung wußte, daß sie die junge Proletariat vor der Soldatenzeit aufklärte und schulte im marxistisch-sozialistischen Sinne und vor allem auf die antimilitaristische Sendung vorbereitete, erklärte der Reformist und Gewerkschaftsführer Robert Schmidt auf dem Gewerkschaftskongreß 1907 in Hamburg:

„Unsere Jugendorganisation hat sich nach ausländischem Vorbild gebildet und gerade das Schlechte von ihr gelernt. In starker Romantik haben die Jugendorganisationen sich dem Antimilitarismus in die Arme geworfen. Aber der Militarismus ist in Deutschland unendlich viel strenger und die Strafen für Vergehen viel härter als im Ausland. Unsere Jugendlichen gingen da auf ein außerordentlich gefährliches Gebiet, auf dem sie nicht vorwärts gekommen wären. Wir wollen nicht dulden, daß die Jugendlichen sich an der stählernen Wehr des Militarismus den Kopf einrennen. Diese politische Form des Militärsystems stirbt schon ab, wenn die wirtschaftlichen Formationen sich ändern.“

In der weiteren Rede Schmidts kommt der unbedingte Wille der Bürokratie zum Ausdruck, die proletarische Jugend zu entpolitisieren — die politische Mitarbeit der Jugendlichen wurde verhöhnt und ihre Tätigkeit als Tamtam bezeichnet. Obgleich die proletarische Jugendbewegung, die ohne Hilfe der Arbeiterbewegung entstanden war, schon nach kurzer Zeit ihre politische und selbständige, organisatorische Existenzberechtigung bewiesen

hatte, bezeichnete Schmidt als Ziel: Entrevolutionierung, Entradikalisierung und Aufhebung der Selbständigkeit. Gegen den Beschluß dieses Kongresses: Auflösung der „Freien Jugendorganisationen“ — wandte sich die Jugend mit spontaner Entrüstung. Durch diesen Beschluß unterband nicht nur die Regierung (Vereinsgesetz § 8), Schule und Unternehmer, sondern vor allem die Bürokratie der Arbeiterbewegung selbst die Möglichkeit der revolutionären Verjüngung der Partei. Gemäß diesem Beschluß wurde auf dem Nürnberger Parteitag 1908 bei der Frage „zur Organisation der Erziehung der Jugend“ zum Ausdruck gebracht, daß Antimilitarismus im Sinne Karl Liebknechts nicht getrieben werden dürfe und

„Vgl.: „Die proletarisch-sozialistische Jugendbewegung.“ Kap. überhaupt: nicht zu viel Politik, mehr Körperpflege! Die Wahl Friedrich

Eberts zum Vorsitzenden des „Zentralausschusses der arbeitenden Jugend“ bedeutete einen vollkommenen Sieg der Entradikalisierungstendenzen des Reformismus.

Abschließend können wir auf Grund dieser knappen Materialauswahl als Ergebnis zusammenfassen, daß die Politik der sozialdemokratischen Partei, die Revolutionierung der Massen im sozialistischen Sinne, versagt hat, versagen mußte, da Partei und Gewerkschaften sich zu einem revolutionären Ablauf der Geschichte bekannten. Diese Auffassung wurde bestätigt durch die scheinbaren Erfolge der Realpolitik auf der „Linie des geringsten Kraftaufwandes“.

Für jeden objektiven Betrachter des Geschichtsablaufes ergibt sich mit Eindeutigkeit: daß das Festhalten an der Herausarbeitung „einheitlicher“ Beschlüsse um jeden Preis ein geschichtlicher Irrtum war, der erst in der Zeit

des Weltkrieges korrigiert wurde. Der Einheitsfanatismus, der Stolz auf die Disziplin der Partei verhinderte die schon in der Vorkriegszeit geschichtlich notwendig gewordene Spaltung. In Punkten zusammengefaßt dürften die Gründe des passiven Verhaltens der Sozialdemokratischen Partei zur Frage des Antimilitarismus folgende sein:

1. Ueberschätzung der parlamentarischen Aktionen.
2. Glaube an die notwendig kommende Demokratisierung auf gesetzlichem Wege — unbedingte Festhalten an der Gesetzlichkeit.
3. Gleichsetzung aktiver antimilitaristischer Tätigkeit mit „Revolutionsromantik“.
4. Ausschaltung aller revolutionären Tätigkeit als Störungsmoment der Verhandlungstätigkeit der Gewerkschaften und der grundsätzlichen Auffassung vom „friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus“.

Wildwest in Dresden

Raubüberfall im Stadtsteueramt — Zwei Kassensboten angeschossen

Dresden, 31. März 1932

Am Donnerstag nachmittag trug sich im Stadtsteueramt auf der Kreuzstraße ein verwegener Raubüberfall zu. Ein junger Mann, der sich

ein Taschentuch vor das Gesicht gebunden hatte, erschien in der im zweiten Stock befindlichen Kassen des Stadtsteueramts, wo er unter Vorhaltung einer schußfertigen Pistole

ein Paket Banknoten an sich riß. Als ihn ein Kassierer festhalten wollte, schoß der Räuber und brachte ihm und einem weiteren Beamten leichtere

Schußverletzungen

bei. Die sofort herbeigerufene Polizei suchte zunächst das Gebäude nach dem Räuber ab, der sich jedoch inzwischen hatte entfernen können. Die Höhe der entwendeten Banknoten wird mit rund 2300 Reichsmark angegeben. Bei dem Täter handelt es sich um einen etwa 20jährigen Arbeiter.

Der Raubüberfall spielte sich an der Kasse ab, zu der am Nachmittag die Boten der einzelnen städtischen Steuerkassen Stellen kommen, um die an diesen Stellen vorhandenen Spitzenbeträge abzuliefern. Im Haus selbst befindet sich gleichfalls eine Kassenstelle für die Bürgersteuer. Der Kassierer dieser Stelle lieferte nun den bei ihm entstandenen Spitzenbetrag ab. Kaum hatte er seine Kassenstelle verlassen, um sich über den Korridor nach der Ablieferungsstelle zu begeben, als der Verbrecher den Raum betrat und seine Tat auszuführen versuchte. Somit ist anzunehmen, daß der Räuber genau gewußt hat, daß sich um diese Zeit der Ablieferungsvorgang abspielte.

*

Am Tatort erschien kurz nach dem Vorfall der Dresdener Oberbürgermeister Dr. Külz, um sich über die Vorgänge zu unterrichten. Anschließend begab er sich nach dem Friedrichstädtischen Krankenhaus, wohin die beiden Verletzten gebracht worden waren. Einem der beiden Beamten war die rechte Schulter angeschossen, ohne daß die Lunge getroffen wurde. Uebrigens hat er offenbar durch den Sturz, zu dem es bei dem Ringen gekommen ist, einen einfachen Armbruch erlitten. Der zweite Beamte hat Schädelschüsse erhalten. Der eine Verletzte ist der Kassensassistent Baumann, der andere ein Kassensbuchführer namens Bartsch.

Dresden, 1. April 1932

Die hiesige Kriminalpolizei ist noch fieberhaft mit den Nachforschungen nach dem Täter, der am Donnerstag nachmittag den Überfall auf die Hauptkasse des Stadtsteueramtes ausführte, beschäftigt. Bei der ziemlich genauen Personalbeschreibung steht zu hoffen, daß es bald gelingen wird, seiner habhaft zu werden.

Das Befinden des durch zwei Kopfschüsse verletzten Beamten ist nach wie vor ernst, jedoch hat der Verletzte die Besinnung in den letzten Stunden wiedererlangt. Der zweite Beamte, der durch einen Steckschuß in die Schulter verletzt worden ist und sich beim

Sturz noch einen Armbruch zugezogen hatte, befindet sich außer Gefahr und dürfte nach der Entfernung der Kugel bald wieder hergestellt sein.

Überfall auf Altonaer Bankfiliale 8000 Mark entwendet

Altona, 1. April 1932

Am Freitag mittag drangen drei junge Burschen im Alter von 20 bis 30 Jahren in die Depositenkasse Ottensens des Bankvereins Schleswig-Holstein ein und raubten 8000 Mark. Die Räuber, von denen einer maskiert war, bedrohten die drei im Kassenraum anwesenden Beamten mit Schußwaffen und forderten sie auf, sich mit dem Gesicht zur Wand zu drehen. Während der Maskierte dann die Beamten mit der Waffe in Schach hielt, kletterte einer seiner Helfershelfer über den Zählisch und nahm das Geld an sich, das sich unter der Zählhaube befand. Die Täter steckten das Geld in eine mitgebrachte Aktentasche und konnten unerkannt entkommen.

Explosionsunglück in Algier Vier Tote, sieben Verletzte

Paris, 1. April 1932.

Bei der Explosion eines Benzinbehälters in Algier wurden vier Personen getötet und

sieben Personen verletzt. Ein Angestellter der Staatseisenbahn hatte zwei Kollegen mit ihren Familien zu einem Fest eingeladen. Während die Erwachsenen im Wohnzimmer Platz genommen hatten, hielten sich die Kinder in der Küche auf. Plötzlich explodierte in einem neben der Küche liegenden Raum ein großer Benzinbehälter. Die Wohnung stand sofort in Flammen. In der Nähe weillende Arbeiter leisteten die erste Hilfe. Der Wohnungsinhaber, seine Schwiegermutter und ein 14jähriges Kind erlagen nach wenigen Minuten ihren Brandwunden. Auch die Frau des Wohnungsinhabers starb kurz nach der Einlieferung ins Krankenhaus. Die übrigen sieben Verletzten liegen mit schweren Brandwunden darnieder.

Der Pfaffe hat geklaut

Wien, 31. März 1932.

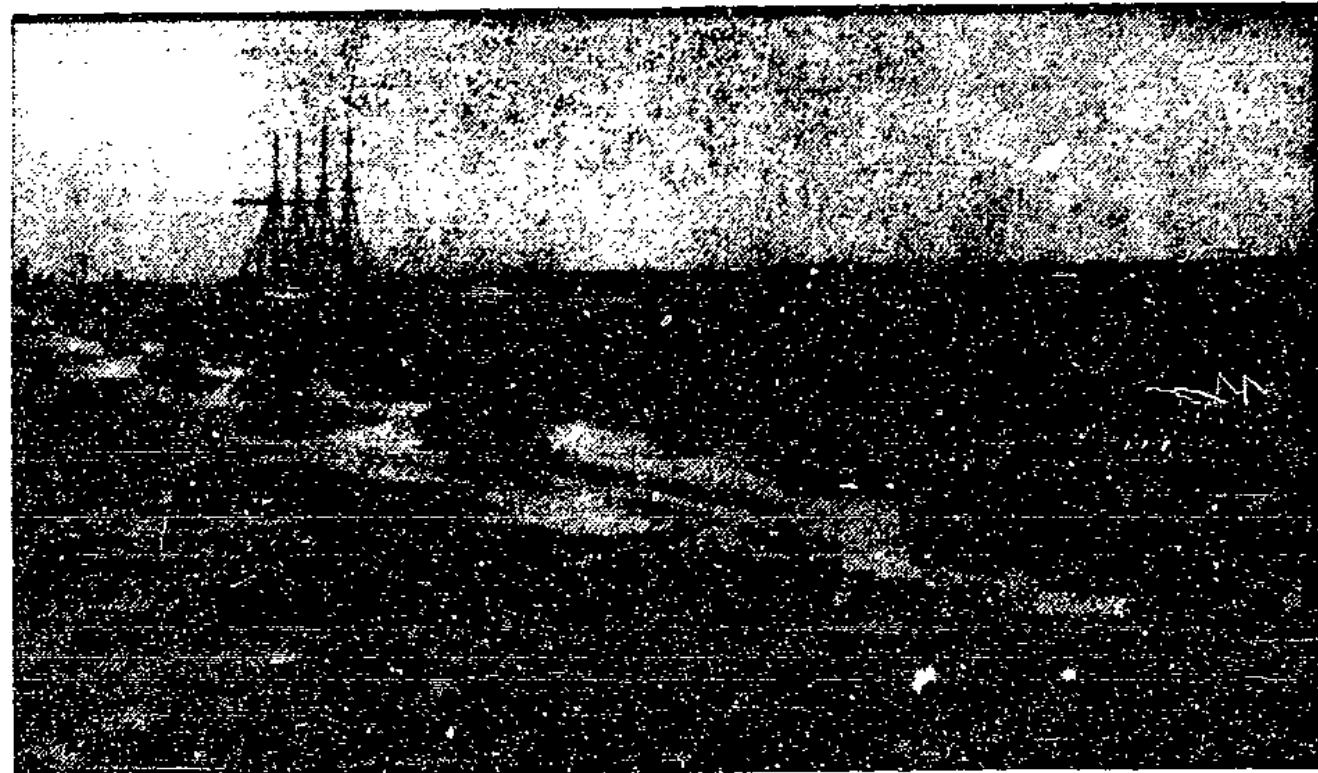
Wie aus Salzburg berichtet wird, hat die Staatsanwaltschaft gegen den Domherrn Angelberger wegen der Verschönerung der Kostbarkeiten aus dem Salzburger Domschatz das Verfahren wegen Diebstahls und gegen den Münchener Kunsthändler Brettschneider, der sich in Salzburg in Untersuchungshaft befindet, wegen Beihilfe eingeleitet. Domherr Angelberger befindet sich gegenwärtig zur psychiatrischen Untersuchung in der Salzburger Landesirrenanstalt. (!)

Die Erde bebt

Rom, 31. März 1932.

In der Basilikata und in Apulien (Südostitalien) ist Mittwoch ein heftiger Erdstoß verspürt worden, der etwa eine Minute dauerte, glücklicherweise keine Schäden, aber unter der Bevölkerung Bestürzung hervorrief.

Alles für den Massenmord



Die britische Luftflotte hat jetzt neuerdings Tenderboote als Heim- und Begleitschiffe für die Besatzung von Wasserflugzeugen in Dienst gestellt. Diese Boote, die eine außerordentliche Geschwindigkeit entwickeln, folgen den Wasserflugzeuggeschwadern auf Fernflügen, führen Betriebs- und Reparaturmaterial mit sich, und dienen der Besatzung als Wohnstätte, da die Wasserflugzeuge, die ja

kein Rädergestell besitzen, nicht auf Flugzeugmuttertschiffen starten und landen, oder dort untergebracht werden können.

Wenn nur ein Bruchteil der Energie, die zur Vervollkommenheit der Massenmordmaschinerie des Krieges aufgebracht wird, für friedliche Zwecke Verwendung finden würde, — es ginge der Menschheit um manches besser, als es heute der Fall ist.

Der Sturm bricht los! Erzählung von Fritz Rück

2. Fortsetzung.

„Einen Kaffee und ein Stück Kuchen“ bestellt Otto und schneidet vorsorglich einen Abschnitt der Reisebrotkarte ab. Aber er bekommt den Kuchen ohne Marke, auch die übliche Tablette Sacharin wird geliefert.

„Nun, da treffe ich Sie ja heute schon“, sagt plötzlich eine Stimme hinter Otto Bessinger. Ein junger Mann in Zivil steht hinter ihm. Es ist der Artillerist. Er setzt sich gegenüber. Eine kurze Pause entsteht. Jeder von ihnen scheut sich vor dem ersten Wort.

Dann zieht Otto eines der Flugblätter aus der Mappe und gibt es dem andern über den Tisch. Der alte Professor kommt ihm dabei in den Sinn und wie er sagt, daß es vor drei Monaten noch fünf Jahre Festung gegeben hätte. Damit wären diese Flugblätter nicht abgehört. Sie enthalten die Aufforderung an die Feldsoldaten, dem Kriege ein Ende zu machen, ihre Vorgesetzten zu entfernen und Soldatenräte zu wählen. Sie sind ein Appell zur offenen Rebellion. Für diese Flugblätter würde jeder Soldat an der Front, bei dem sie gesehen werden, glatt erschossen werden. In der Heimat gab es für ihren Besitz und ihre Verbreitung fünf bis zehn Jahre Zuchthaus.

Der Artillerist Karl Berger liest langsam. Dann sieht er Bessinger offen in die Augen.

„Auf so etwas habe ich schon lange gewartet. Vor zwei Jahren habe ich mich freiwillig gemeldet, anderthalb Jahre war ich an der Front, und das hat mich gründlich kuriert. Das ist noch viel zu zahm, was hier steht. Ich war Bataillonsschreiber und kenne den Zimt. Auf jeden Fall, ich bin Ihr Mann.“

Er streckt Otto die Hand hin. Der faßt sie fest.

„Wann fahren Sie wieder fort?“

„Ich fahre nicht mehr. Ich bleibe hier in Berlin bei Bekannten. Lange kann der Schwindel nicht mehr dauern.“

„Es soll allein in Berlin 40 000 Deserteure geben“, sagt Otto.

„Von heute an gehöre ich auch zu diesem Armeekorps. Wo muß ich mich hinwenden, um eure Arbeit zu unterstützen?“

Er notierte sich die Adresse.

„Für aktive Mitarbeiter gibt es dort auch Fleisch- und Brotkarten“, sagt Bessinger, als der Artillerist mit dem Päckchen Flugblätter unter dem Arm, sich verabschiedet.

„Danke, damit bin ich versorgt!“

Die Blechmusik beginnt mit einem Potpourri aus Carmen den Raum zu füllen.

III.

Etwa zwanzig Personen drängen sich in dem kleinen Zimmer. Es sind manche neuen Gesichter darunter, die alten, mit denen Otto Bessinger auf der letzten Konferenz bekannt geworden ist, pressen sich in diesem Augenblick an schmiedeeiserne Kerkerstäbe und und lauschen hinaus, ob der Sturm sich noch nicht rührt im weiten Land, der ihre Kerker öffnen soll.

Immer wieder ist diese Schar von Kämpfern gesiebt worden in den vier Kriegsjahren, aber wo eine Lücke entstand, fanden sich auch bald die Kräfte, sie wieder zu schließen. Vom Gefängnis aus wurde diese Gruppe von oppositionellen Sozialdemokraten, die sich in den Kriegsjahren zu Revolutionären entwickelt hatten, dirigiert, dort schrieb die Führerin, Rosa Luxemburg, ihre flammenden, aufpeitschenden Artikel und einen Teil der heimlich verbreiteten Flugblätter, die alle getränkt sind von der heißen Ueberzeugung: der Hauptfeind steht im eigenen Land.

Die Besprechung ist von besonderer Bedeutung: die eifrigsten Maulwürfe gegen den Krieg spüren, daß stärkere Kräfte als die ihren das Fundament des deutschen Kaiserreiches unterwühlt haben, sie wissen, daß der Zusammenbruch bevorsteht, und, besessen von der fanatischen Idee einer neuen Weltordnung,

wollten sie stürzen, was schon schwankt, vernichten, was sich als faul und morsch erwiesen hat. Als gründliche Menschen wollen sie nicht eine Fassadenänderung, eine Beschneidung der stärksten Auswüchse, sondern einen Umsturz, bei dem kein Stein der alten Welt auf dem andern bleiben sollte. Der Glaubenseifer, mit dem die Fanatiker aller Zeiten auf eine Karte gesetzt hatten, verbindet sich mit einer sehr gründlichen ökonomischen und geschichtlichen Erfahrung und Schulung, jedes Argument ist mit fünfzig Jahren Wirtschaftsanalyse gefüllt und setzt den Gegner glatt auf den Sand. Das einzige, was ihm übrig bleibt, ist die Verwunderung darüber, daß trotz dieser hundertprozentigen Sicherheit der Voraussicht und der Zergliederung des Gewesenen und Gegenwärtigen die Wirklichkeit einen ganz andern Weg einschlägt.

Mit der Entschlossenheit seines Denkens und Willens und der Intransigenz einer drei- und zwanzigjährigen Jugend, die in ihrem tiefsten und zwanzigjährigen Jugend, die in ihrem tiefsten Innern daran krankt, daß der Krieg dem Beschauen, dem Sinnen und Trachten, dem Dichten und Denken ein Ende gesetzt hat, schwimmt Otto Beniger gegen den Strom, und die Gewißheit befeuert ihn, daß dieser Strom der Kriegsbegeisterung und des Willens zum Durchhalten gerade jetzt zu versiegen beginnt. Muß nicht die ganze trübe Flut der Leidenschaften sich umkehren und gegen ihren Ausgangspunkt anschäumen, und wird diese Flut nicht sie zum Ziele tragen, die Revolutionäre, die Spartakisten, die täglich mit klopfen-

dem Herzen die Nachrichten und Aufrufe aus Sowjetrußland lesen, dem Land des fünfgezackten Sterns, dem Vaterland der Arbeiter und Bauern, wie sie es nennen.

Die Sitzung beginnt mit einiger Verspätung. Im Auftrage der Reichsleitung hält Paul Levy das einleitende Referat. Mit der kühlen Logik des geschulten Redners stellt er mit einem Satze seine Zuhörer mitten in die Situation. „Wir befinden uns bereits in der Revolution. Hunderttausende von Soldaten machen den Krieg nicht mehr mit. Der militaristische Machtapparat ist fertig, er versagt überall und vollständig, sowohl nach außen gegen die Heere der Entente, wie auch nach innen bei der Niederhaltung der verhungerten, rebellierenden Bevölkerung. Was fehlt, um den Zusammenbruch vollständig zu machen, ist nur noch die bewußte Willensäußerung der revolutionären Kräfte, der bewaffnete Aufstand, die Machtergreifung durch das Proletariat. Ueber diese Fragen wollen wir heute sprechen, alles andere wäre Zeitvergeudung.“

Die Anwesenden horchten auf, als sie die eigenen, noch unklaren und verschleierte Gedanken hier plötzlich kühl und klar, ohne jedes Beiwerk, ohne jedes Wenn und Aber vernahmen. Mauern stürzen nieder, die noch vor ihnen und in ihnen standen, letzte Hemmungen werden hinweggefegt, als wären es Spinnweben. Man könnte nach den ersten fünf Minuten die Reichskonferenz schließen und die Delegierten ruhig nach Hause schicken, jeder von ihnen hätte gewußt, was es jetzt noch zu tun gibt.

Aber wie es mit Konferenzen so ist, auch diese geht weiter, nachdem das wesentliche bereits gesagt war.

Das Barometer des Kapitalismus:

„Wirtschaft für morgen: veränderlich!“

Das Barometer fällt, fällt, steht auf Regen und Sturm von Windstärke neun . . . Das Institut für Konjunkturforschung meldet: . . . ungewöhnlicher Charakter des gegenwärtigen Konjunkturrückschlages . . . noch nie vordem in Deutschland und wohl auch kaum jemals in einem anderen Industrieland hat eine Wirtschaftskrise die völlige Aufhebung der Produktionserweiterung erzwingen können, die im vorangegangenen Konjunkturaufschwung erzielt wurde . . . Die bislang erkennbaren Faktoren geben nicht einmal die Gewißheit, daß wenigstens nach Ablauf des laufenden Jahres die für eine nachhaltige Besserung der allgemeinen Wirtschaftskonjunktur notwendigen Voraussetzungen gegeben sein werden.“

Am Kurfürstendamm, im Hause des Professors Wagemann, herrscht Hochbetrieb. Wagemann war es, der dem Statistischen Reichsamt dieses Institut angliederte, das von Ministern und Großbanken, Schlotbaronen und Ostelbieren überlaufen wird. Besonders die Referenten für das Geld- und Kreditwesen haben nichts zu lachen. Alles, was geschieht, müssen sie voraussehen, bei jeder Fusion und Konfusion fragt man sie um Rat, und wenn die Golddeckung an allen Enden und Ecken platzt — sie mußten es schon lange wissen! Sie stehen natürlich nicht isoliert da. Zur Zeit stützt sich das Institut auf nicht weniger als acht Barometer — auf das Barometer der Produktion, auf den Beschäftigungsindex, auf die Lager- und die Außenhandelsbewegung, auf das Barometer der Geschäftsdispositionen, des Kredits, der Gegenüberstellung der einzelnen

Märkte, und schließlich auf das Barometer der Warenpreise. Und außerdem steht dem Institut das gewaltige Zahlenmaterial des Statistischen Reichsamts, das dreitausend Arbeitskräfte beschäftigt, zur Verfügung. Aber Zahlen und Tatsachen allein genügen nicht — man muß sie in Beziehung zueinander setzen können. Konjunkturforschung ist eine Art höherer Mathematik, eine mathematische Wirtschaftstatistik. Die Ursachen einer Wirtschaftsbewegung nachträglich festzustellen, ist nicht einmal das Schwerste. Viel komplizierter ist es, wie es einem echten Barometer und Propheten zukommt, Prognosen zu stellen. Zwar haben sich seit dem Krieg und in der Inflation die weltwirtschaftlichen Verflechtungen grundlegend geändert, und der neue Beobachtungszeitraum ist noch zu kurz, um Erfahrungen zu verwerten — trotzdem gelingt es, Prognosen bis zu drei Monaten zu stellen.

Das Zahlenmaterial des Statistischen Reichsamts genügt nicht immer. Oft müssen eigene Erhebungen angestellt werden, etwa als man die Verschuldung der armen, armen Landwirtschaft ermitteln wollte. Man wandte sich an sämtliche Rentenbanken, Hypothekenvereine, Landschafts- und Genossenschaftsbanken und erhielt auf diese Weise ein einwandfreies Bild der Kreditausgabe. Was natürlich den willkommenen Anlaß zu Agrar-Subventionen und zur Osthilfe bot. Weniger Aufsehen hat man mit der Enquête bei den schlesischen Webern gemacht, die ergab, daß z. B. in Langenbielau die Zahl der in Betrieb befindlichen Webstühle um 4288 — die Zahl der be-

schäftigten Weber nur um 99 gestiegen ist. Das bedeutet, daß ein Weber an vier bis fünf Stühlen zugleich arbeiten muß, während er täglich ca. 1,50 M. weniger verdient als früher an einer Maschine. Aus den Wochenheften und Quartalsberichten, die das Institut herausgibt, beziehen die Handelsredaktionen der Zeitungen und die großen Wirtschaftsunternehmen ihre Informationen. Dabei existiert das Institut noch gar nicht lange. Nach dem Vorbild des amerikanischen Harvard-Instituts ist es 1925 gegründet worden. Mit dem Harvard-Institut, aber auch mit ähnlichen Institutionen in England, Frankreich, ja sogar Rußland steht es in wissenschaftlicher Verbindung — was bei den internationalen Verflechtungen der Wirtschaft unerlässlich ist. Im Völkerbund und im internationalen Arbeitsamt in Genf ist diese zwischenstaatliche Arbeit konzentriert.

Zu den Geldgebern des Instituts für Konjunkturforschung gehörten seiner Zeit außer der Reichsregierung, dem Reichsrat, der Reichsbank, Reichspost und Reichsbahn die Unternehmerverbände aller Richtungen. Und diese Geldgeber verpflichten! Zwar werden die Herren Referenten, wohlbestallte Doktoren der Nationalökonomie, Wirtschaftskurven voraussagen, Baissen erklären, Rückschläge ermitteln — aber auf das Grundübel, worauf alle diese Erscheinungen basieren, wagen sie nicht einmal hinzudeuten: auf die Krise des Kapitalismus, dessen Grundfesten zusammenstürzen. L. Schaefer.

Ein Arbeiterfilm verboten!

Vor der Filmprüfstelle Berlin, unter dem Vorsitz des Oberregierungsrats Dr. Dillinger, wurde am Donnerstag über die Zulassung des von allen Seiten überaus günstig beurteilten Films „Kuhle-Wampe“ von Bert Brecht und Ottwalt verhandelt, der Ausschnitte aus dem Leben und der Arbeit eines Jungarbeiterlagers zeigt. Für das Reichsinnenministerium trat Oberregierungsrat Erbe, der persönliche Adjutant Minister Groenens und Verbindungsoffizier zum General von Schleicher, für das Verbot des Films ein, den er sich sehr primitiv als „kommunistische Agitation“ abzutun bemühte. Trotzdem der als Anwalt der Herstellerfirma erschienene sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Otto Landsberg den Ausführungen des Regierungsvertreters scharf entgegnet, entschied die Prüfkammer im Sinne Erbes.

Der Film, dessen Hauptdarsteller der bedeutende Schauspieler Ernst Busch ist, wurde verboten.

Als Verbotgründe wurden im Lauf der Verhandlung unter anderen hervorgehoben, daß bei einigen der Arbeiterdarsteller das Abzeichen des — offenbar besonders staatsgefährlichen — Sportvereins „Fichte“ erkennbar war.

Jeder SAP- und Schutzbundgenosse trägt das Partei-Abzeichen
Sofort bei den Ortsvereinsvorständen anfordern

TARASSOFF-RODIONOFF

SCHOKOLADE

Nach dem russischen Original angefertigt und ohne Änderungen übersetzt von Alexandra Ramm.
Copyright by Franz Pleimfert, Berlin-Wilmersdorf.

13. Fortsetzung

Ein Offizier von Denikins Agenten, ein alter Freund und Mitsäufer von Tschotkin, übernachtete einstmals bei ihm und gestand dies beim Verhör. Das ist alles. Sonst nichts Belastendes. Die Untersuchung ist längst schon beendet, nebenbei ein Vermerk: der Offizier ist erschossen. Bei den Akten liegt auch der richterliche Beschluß: einzustellen, Tschotkin zu befreien. Es fehlt jedoch der Vermerk, daß dieses erfüllt sei; es kam also nicht zum Bericht. Es stimmt auch: der Untersuchungsrichter Werscheljew war eilig nach Moskau berufen, die Sache kam zu den erledigten Akten, und Petja sitzt von allen vergessen.

Walz sprang auf und ging gleich zu Schalenko, ins andere Zimmer.

„Wo ist die Karthotte der Inhaftierten?“

Hier: Tsch, so ist es: Tschotkin Pjotr Iwanowitsch, Zelle 45, beim Untersuchungsrichter Werscheljew.

Sie kehrte zurück, schmunzelnd an Tschotkin denkend.

Nun warte mal, Bruder, in Erinnerung an frühere Streiche will ich dir helfen! Morgen wirst du frei! Ich zeige die Sache gleich Sudin und Hele von ihm die Verfügung. — sie lächelte wieder freudig und hell.

Kannst morgen wieder wie eine Giraffe springen, zur Erbauung von Papa und Mama.

Plötzlich wurde sie nachdenklich. Ging ganz in sich. Dann, ohne Elle, legte sie behutsam die Sache zwischen das Bündel der anderen;

sah sich unruhig um: keiner! Sie atmete auf und ging mit dem allen direkt zu Katzmann.

„Abram Moisseitsch, ich fühle mich heute ganz krank. Lassen Sie mich nach Hause gehen, und wenn es mir dann besser geht, komme ich abends wieder; jetzt fühle ich mich so schlecht, daß ich mich nicht aufrecht halten kann. Also darf ich?“

Abram hat heut Wichtiges im Kopfe.

„Gut, gut, gehen Sie!“

Wie ein Schulmädchen, das vor den Augen der strengen Erzieherin schüchtern, fromm gesenkten Auges die Beine bewegt, unterdrückend die sprudelnde Freude, listige Blicke zur Seite werfend, — ging Walz absichtlich langsam, als wäre sie schwer krank, zur Straße hinunter. Der Himmel war wie azurblaue Seide. Die smaragdgrünen Lüfte waren ruhig und klar: kein einziges Wölkchen. Elena lief eilig gebückt durch die Straßen. Sah sich verhalten um, blieb vor der Zeitung an der Mauer stehen, noch einmal an der Ecke und lief dann eilig weiter. Unter ihren festen Absätzen krachten die zerbrechlichen kristallinen Rinden, die dünnen Häutchen der Pfützen, die die Kälte ausgesogen hatte.

Hier steht wie ein schwarzer riesiger buckliger Kasten das steinerne Haus — der Tschotkina. Elena kennt es. Sie wendet sich zur festlichen Freitreppe, doch sie ist mit Brettern vernagelt, dann geht sie durchs Tor und liest auf dem Brett: J. P. Tschotkin, Wohnung 17. In dem Viereck des Hofes sucht sie die richtige Nummer. Hier: 13, 14, 15, 16, 17 . . . aha 18 . . . und weiter. Auf der düsteren steinernen Treppe mit Geländer aus Eisen, an den verschiedenen Türen vorbei, erreicht sie die dritte Etage. Es riecht nach Abfall, Küche und Katzen. Sie klopft leise mit dem hängenden Hämmerchen, doch keiner erscheint; dann klopft sie schon lauter und kühner. Jemand fragt an der Türe erschrocken:

„Wer ist dort?“

„Ich muß Iwan Petrowitsch Tschotkin sprechen . . . in einer wichtigen persönlichen Angelegenheit.“

„Sie sind nicht zu Hause. Iwan Petrowitsch ist weg . . .“

Abwartende Stille.

„In welcher Angelegenheit wollen Sie ihn sprechen?“

„Ich komme von Ihrem Sohn, Pjotr Iwanowitsch“. Walz ahmt die Stimmung nach, die aus der Frage herausquillt, „es ist sehr wichtig. Fürchten Sie nichts. Hören Sie denn nicht an der Stimme, daß ich eine Frau und kein Einbrecher bin?“

Es klornte der Riegel, es öffnete sich eine Spalte, dann wurde die Türe ganz aufgemacht.

„Treten Sie ein!“

Es öffnete eine Alte mit einem Tuch um die Schulter, auf den Lärm hin erschien eine zweite im Spitzentuch, mit mißtrauischen Blicken prüften beide Elena. Die Unruhe beider mißt Walz vom Kopf bis zu den Füßen.

„Iwan Petrowitsch sind mit Gemahlin zur Kirche gegangen, müssen aber bald zurück sein. Warten Sie doch, falls Sie wegen Pjotr Iwanowitsch kommen. Sie leiden so sehr um den Sohn, es ist doch kein Spaß; er sitzt beinahe schon vier Monate. Jeden Mittwoch bringe ich mit Mütterchen Anna Sacharjewna dem armen Jungen Waffeln hin. Pjotr Iwanowitsch ist ja ein großer Freund von Waffeln. Wofür nur diese Strafe Gottes?!“ lamentiert die Alte.

„Und wer sind Sie, wenn man fragen darf?“ fragt tastend, näher an Walz heranrückend, die Alte im Spitzentuch.

„Ich bin eine Bekannte von Pjotr Iwanowitsch, und habe jetzt etwas Wichtiges über ihn erfahren, nur muß ich zuerst seinen Vater, Iwan Petrowitsch sprechen.“

„Ist Gott behüte etwas Schlimmes geschehen?“

„Nein, nein, es ist nichts Schlimmes geschehen, umgekehrt, ich habe erfahren, daß man Pjotr Iwanowitsch bald freimachen kann; bin darum gekommen.“

„Gott sei Dank! . . . Nehmen Sie doch bitte Platz. Iwan Petrowitsch müßten schon längst zurück sein. Kommen Sie doch bitte ins EZ-

zimmer hinein“, sagt, schon ganz liebenswürdig, die Dame im Spitzentuch und öffnet die Türe aus dem Korridor ins Zimmer.

Düster ist es im EZzimmer. Die Fenster gehen auf ein Ziegeldach hinaus. Die Leinwandstoffs sind hochgezogen. Unter ihnen hängt ein Vogelbauer, in dem ein Kanarienvogel herumhüpft und auf das Fensterbrett Körner streut. Vor dem Heiligenbild flackert ein Lämpchen in einer grünen düsteren Laterne. Eine Uhr aus schwarzer, schwerer Eichen pendelt dumpf an der Wand. Auf dem mit dunklem Wachs bedeckten Tisch liegt unter einer Serviette Gebäck. Die Stühle aus Eiche an den Wänden beschützen wie eine Gardesuite das große formlose, schwere Büfett. Auf der ebenfalls eichenen Anrichte liegt irgendein Sack, dem eine feuchte Masse entquillt.

Wohl Rosinen oder Pflaumen, denkt Walz, es riecht sehr angenehm. Es riecht hier nach Satt' eit, obwohl es hier düster ist wie in einem Gra' ewölbe. Um keinen Preis möchte ich hier leben.

Hinter einer Türe vernahm man plötzlich Stimmen. Das ist aus der Küche. Sie sind wohl gekommen. Und wirklich: aufgeregt tritt, noch im Pelz, der große faltige Tschotkin ein, grau und unrasiert wie ein Igel. Und neben ihm, watschelnd wie eine Ente, rollt sich unter seinem Arm ein Knäuel herein, die Gattin.

„Sie kommen von unserem Sohne?“ Aufgeregt: „Was ist mit ihm? Sie sagen, er wird entlassen?“

„Er wird entlassen . . . ja . . . doch möchte ich dieses, wenn Sie erlauben, mit Ihnen unter vier Augen besprechen.“

Alle schweigen bedrückt. Die Blicke der Frauen schleichen in die bleiernen Augen Iwan Petrowitsch, vergebens in ihrer Verwirrtheit Hilfe suchend unter seinen grauen verzausten Brauen.

„Wenn es ein Geheimnis ist“, spricht er erregt und lautlos, „so bitte ich Sie, mit mir in mein Arbeitszimmer zu kommen.“

Hamburger Partei zum Bürgerschaftswahlkampf

In der Versammlung am 30. März beschäftigten sich die gesamten Funktionäre der SAP-Hamburg mit den Bürgerschaftswahlen. Nach einem kurzen Referat des Genossen Stahmer wurde die Liste aufgestellt. Da es uns nicht ausschlaggebend erscheint, daß alle Vorgeschlagenen in die Bürgerschaft einziehen, so wurden die nachfolgenden 25 Genossen aufgestellt:

1. H. Stahmer, Staatsarbeiter,
2. W. Elsner, Sozialbeamter,
3. A. Busch, Maler,
4. L. Cohn, Verbandsangestellter,
5. F. Kalweit, Schlosser,
6. F. Bobzien, Volksschullehrer,
7. A. Langmann, Bankangestellter,
8. K. Richter, Ehefrau,
9. A. Ziehl, Korbmacher,
10. J. Langfeldt, Klempner,
11. F. Haase, Staatsarbeiter,
12. B. Rüsche, Elektriker,
13. K. Voß, Bäckergehilfe,
14. H. Warnke, Arbeiterin,
15. A. Feldmann, Werftarbeiter,
16. J. Foerster, Metallarbeiter,
17. K. Snafeld, kfm. Angestellter,
18. E. Goerlich, Seemann,
- 19.
20. E. Ockert, Klempner,
21. R. Franke, Angestellter,
22. F. Lange, Bäckergehilfe,
23. G. Weinberger, Staatshilfsarbeiter,
24. Th. Flehofer, Schlachter,
25. F. Broesicke, Schlosser.

Nachdem noch insbesondere die Wahlarbeiten und deren Finanzierung besprochen worden waren, trennten sich die Genossen mit voller Kampfbereitschaft für eine rote Arbeitermehrheit, einen Arbeiterrat in Hamburg. K. S.

Genossinnen und Genossen, mit Beginn des Hamburger Bürgerschaftswahlkampfes wird die Parteizentrale, verbunden mit einer proletarischen Buchhandlung, in den nächsten Tagen in der ABC-Straße 28, neben der Kasse des Arbeitsamtes, eröffnet. Zur Einrichtung benötigen wir Tische, Stühle, Schränke, Regale, Gardinen, rotes Fahmentuch, elektrische Lampen u. a. m. Der geringste Einrichtungsgegenstand wird, wenn auch beschädigt, dankend angenommen. Alles wird abgeholt. Telefon Alster (H. 3) 8551 (Begemann).

Unterbezirkskonferenz Vorpommern

In dieser kritischen Situation treten zum ersten Male die Delegierten des Unterbezirks Vorpommern zur ersten Unterbezirkskonferenz in Stralsund zusammen. Hier werden sie Rückschau und Ausblick halten müssen. Wir müssen die Grundlagen für den Preußen-Wahlkampf in Vorpommern schaffen. Unsere Organisation ist noch klein im Verhältnis zu den vor uns liegenden Aufgaben. Aber unser Wille ist stärker, als unsere Gegner annehmen werden. Wir gehen in den Kampf mit dem Bewußtsein, daß unsere Auffassung mit der Zeit doch Gemeingut aller Proletarier werden muß. Alle Verleumdungsmethoden und sonstige Machenschaften werden uns nicht beirren können. Unser Weg und unser Ziel sind vorgezeichnet, davon werden wir auch nicht einen Schritt abweichen.

Die Konferenz wird aber auch neben diesen Aufgaben noch besonders den weiteren Ausbau der Partei im Unterbezirk im Auge behalten müssen. Das Netz der Ortsgruppen und Stützpunkte muß noch viel enger gestaltet werden, als es bisher zu schaffen möglich war. Dabei müssen wir aber gleichzeitig daran denken, unsere Parteipresse mehr als bisher in alle Orte hineinzuverbreiten, damit in allen Ortschaften des Unterbezirks der Boden für die „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands“ vorbereitet wird. Wir müssen in die allergeringsten Dörfer vordringen, denn hier weiß man leider noch nichts von uns. Wenn wir auch selbst wissen, daß diese ungeheure Arbeit nicht sofort geleistet werden kann, so muß sie aber doch sofort in Angriff genommen werden und in ganz kurzer Zeit zur Durchführung kommen. Sie kann aber nur geleistet werden, wenn alle Teile der Organisation sich sofort restlos zur Verfügung stellen.

Möge die erste Unterbezirkskonferenz für Vorpommern sich diese kurz aufgezeigten Arbeitsmöglichkeiten zu eigen machen. Dann werden wir in geschlossener Front den Kampf führen gegen die Feinde der Arbeiterklasse und für die proletarische Einheitsfront, für den Sozialismus!

Düsseldorf

In der Parteimitgliederversammlung ouchteten die Genossen Reichenbach und Katzenstein über den Reichsparteitag. In sachlichen Ausführungen zeigte Genosse Reichenbach die politischen Entscheidungen, während Genosse Katzenstein über die organisatorischen Beschlüsse des Parteitages berichtete. In einer lebhaften Aussprache nahmen die Genossen Pira, Suchan, Springer, Zöllig, Fritz Reinstädtler, Kersting, Waldorf und Henke zu dem Ergebnis des Parteitages Stellung. Mit großer Mehrheit wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die Mitgliederversammlung der SAP billigt die Haltung der Delegation des Bezirks Niederrhein auf dem Reichsparteitag der SAP. Sie bedauert besonders, daß die Prinzipienklärung keine schärfere Abgrenzung gegen die KPD enthält und erwartet vom PV und der Redaktion der

Der Fall „Caroline“

Im Dortmunder Revier, auf der in Holzwickede gelegenen Zeche „Caroline“ spielte sich in den letzten Wochen ein Vorgang ab, der stark an den „Fall“ des Stahlwerks Becker erinnerte, der im Frühjahr 1930 wegen der mit ihm verbundenen Gefahr der Beseitigung des Tarifwesens auf „kaltem Wege“ in den Reihen der organisierten Arbeiterschaft recht viel Staub aufwirbelte. Die Verwaltung von „Caroline“ gab vor einiger Zeit bekannt, daß aus Gründen der Unrentabilität und des Absatzmangels die Stilllegung der Grube beabsichtigt sei. Man braucht sich nun bestimmt nicht darüber zu verwundern, daß diese Hiobsbotschaft die in ihre Arbeitsstelle und um das bißchen tägliche Brot bangende Bergarbeiterschaft und nicht zuletzt auch die Geschäftswelt des Ortes zu allen möglichen und unmöglichen Vorschlägen ermunterte, deren Ziel Erhaltung der einzigen Erwerbsquelle war. Die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen, Eigentümerin der von der Stilllegung bedrohten Grube, fand keinen der gemachten Vorschläge (worunter sich auch die Einführung des Krümpersystems befand!) auch nur annähernd akzeptabel, als daß es sich lohnte, sie wenigstens zur Diskussion zu stellen. Wochen vergingen. Alle, die von der Stilllegung betroffen worden wären, befanden sich in einer beständigen Angst. Da trat schließlich die Verwaltung von „Caroline“ mit einem eigenen Vorschlag an die Öffentlichkeit, der in „normalen“ Zeiten mehr als nur einen Entrüstungssturm hervorgerufen hätte. Es hieß, daß die Grube in Betrieb bliebe, wenn sich die Belegschaftsmitglieder bereit erklären würden, monatlich drei Schichten ohne Bezahlung zu verfahren. Nicht mehr und nicht weniger wurde den schon heute für Hungerpfennige frönenden und tagtäglich mit dem Tode ringenden Bergkumpels zugemutet, ja, von ihnen erpreßt. Es hieß: Vogel friß oder stirb! Seit der Abstimmung über den Verwaltungsvorschlag, der von der Belegschaft mit 303 gegen 194 Stimmen angenommen wurde, ist ein Schritt weiter getan zur Auflockerung des Tarifwesens. Schwerwiegend werden die Folgen sein! Wie ein Damoklesschwert wird dieser „freiwillige“ Lohn- und Gehaltsverzicht über den Häuptern der ge-

„SAZ“, daß alles unterbleibt, was die Grenzen zwischen uns und der KPD ebenso wie gegen die SPD verwischen könnte. Die Versammlung lehnt das vom Parteivorstand herausgegebene Parteiabzeichen, welches geeignet ist, die Grenzen nach der KPD hin zu verwischen, ab, und erwartet, daß dieses Parteiabzeichen zurückgezogen wird.

Die Versammlung stellt sich solidarisch auf den Boden der von der Genossin Anna Siemsen abgegebenen Erklärung und erwartet vom Parteivorstand und der Redaktion der „SAZ“ unbedingte Beachtung dieser Erklärung.“

Weiter wurde von der Versammlung eine Protesterklärung gegen die ungeheuerliche Unterdrückung der Meinungsfreiheit, wie sie in den verschiedenen Presseverboten und besonders wieder in dem Verbot der kommunistischen Tageszeitung „Freiheit“ zum Ausdruck kommt, angenommen. Ueber die Preußenwahlen berichtete Genosse Zöllig. In der Wahlversammlung spricht Gen. Rosenfeld am 18. April in der Tonhalle. In den einzelnen Stadtbezirken, besonders in den Vorortbezirken, sollen ebenfalls öffentliche Versammlungen stattfinden. Die Wochenzeitung soll in verstärkter Auflage vertrieben werden. Durch Flugblätter und den Vertrieb einer eigenen für den Wahlkampf herausgegebenen Broschüre muß die Agitation mit großem Eifer geführt werden. Weitere Anregungen zum Preußenwahlkampf gaben noch die Genossen Hecht, Sengespeik, Crois und Gustav Reinstädtler.

Zur Maifeier findet für die Partei eine besondere Abendveranstaltung im Volkshaus statt, die durch ein gutes Programm wirkungsvoll ausgestaltet wird. — Zum Abschluß der Versammlung mahnte Genosse Simon, alle Kräfte anzuspannen für die Agitation, besonders bei dem bevorstehenden Wahlkampf.

Köln

Die Mitgliederversammlung des Ortsvereins Köln steht auf dem Standpunkt, daß zur Preußenwahl die größte Versammlungstätigkeit entfaltet werden muß. Es wurde ein Agitationsplan ausgearbeitet und folgende Versammlungen beschlossen:

11. April: Köln-Rodenkirchen, Redner: Genosse Nettekoven,
12. April: Köln-Weiß, Redner: Genosse Nettekoven,
14. April: Köln-Mitte, Redner: Gen. Stiegelmeier,
15. April: Köln-Klettenberg, Redner: Genossin Ackermann,
15. April: Köln-Kalk, Redner: Gen. Zweiling,
16. April: Köln-Zollstock, Redner: Gen. Esser,
16. April: Köln-Effern, Redner: Genosse Herkenrath,
16. April: Köln-Worringen, Redner: Genosse Beyer,
17. April: Köln-Süd, Redner: Gen. Zweiling,
17. April: Berg-Gladbach, Redner: Genosse Amann,
18. April: Köln-Braunsfeld, Redner: Genosse Herkenrath,
18. April: Sürth, Redner: Gen. Stiegelmeier,
19. April: Köln-Nippes, Redner: Gen. Mayer,
19. April: Köln-Poll, Redner: Genosse Heinig,
19. April: Weiden-Lövenich, Redner: Genosse Amann,
19. April: Köln-Buchheim, Redner: Genosse Michels,

samen deutschen Arbeiterschaft schweben wie seinerzeit die Verhandlung der Duisburger Meidericher Metallarbeiterschaft. Die großen Konzernfirmen werden die ihnen hier gebotene Chance ausnutzen und die Belegschaften ihrer einzelnen Betriebsstätten durch die Androhung der Stilllegung so unter Druck setzen, daß sie sich ungewollt gegenseitig die Löhne herunterkonkurrieren.

Wer den Fall „Caroline“ Dortmund unter diesen Gesichtspunkten betrachtet, wird ihm immerhin eine gewisse grundsätzliche Bedeutung beimesse müssen. Nicht nur etwa, weil es sich hier um eine neue Form des Lohnraubs handelt, sondern vor allem deshalb, weil er dazu beitragen kann — und wenn die Unternehmer die für sie richtige Nutzenanwendung daraus ziehen, dazu beitragen muß —, daß die Gewerkschaften als wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft kampfunfähig gemacht werden, daß der Tarifgedanke als solcher unterhöhlt wird. Daraus ergibt sich folgerichtig, daß die Gewerkschaften gegen diese Beseitigung des Tarifsystems auf „kaltem Wege“ mit aller Entschiedenheit ankämpfen. Wer aber nun glaubt, daß der Alte Verband und die „Christen“, die auf „Caroline“ dominierend sind, sich ihrer Pflichten bewußt, gegen diesen Lohnraub mit aller Macht zur Wehr gesetzt hätten, irrt sich. Zwar gaben beide Organisationen an die Belegschaft Flugblätter heraus, die die Forderung enthielten: „Keinen Pfennig Lohnabbau, keinen Schichtverzicht!“ Und Kampflosungen? Hinweise, wie der Kampf zu führen sei? Darüber schwieg der Sänger Höflichkeit! Was die von der anderen Fakultät, die RGO-Leute taten? Auch sie gaben Flugblätter heraus, und hielten es für ihre Aufgabe, den Kampfgeist der Belegschaft durch wüste Schimpfereien zu „wecken“. Sie taten also nichts Positives! Darum das Fiasko, das für die gesamte Bergarbeiterschaft beschämendes Resultat der Abstimmung.

Unsere Aufgabe wird es sein müssen, die Gewerkschaften zu revolutionieren, sie von den reformistischen-kapitalistischen „Aerzten“ freizumachen und zu Kampforganisationen auszubauen! Helft alle mit, das Steuer herumzuwerfen!

20. April: Köln-Ehrenfeld, Redner: Genosse Zweiling,
20. April: Hoffnungsthal, Redner: Genossin Ackermann,
20. April: Dürenwald, Redner: Genosse Michels,
21. April: Köln-Nord, Redner: Gen. Mayer,
21. April: Köln-Deutz, Redner: Gen. Herkenrath,
21. April: Köln-Dellbrück, Redner: Genosse Stiegelmeier,
21. April: Köln-Bickendorf, Redner: Genosse Sander,
21. April: Horrem, Redner: Genosse Amann,
22. April: Köln-Mülheim, Redner: Genosse Amann,
22. April: Köln-Brück, Redner: Gen. Nettekoven,
22. April: Köln-Porz, Redner: Gen. Schwarzkopf,
22. April: Frechen, Redner: Genosse Mayer,
22. April: Bensberg, Redner: Genossin Ackermann,
23. April: Rath-Heumar, Redner: Genosse Michels,
23. April: Wahn, Redner: Genosse Esser.

Das Thema in allen Versammlungen lautet: „Arbeiterfront gegen Kapitalismus und Faschismus!“

Ratingen

Am schwarzen Brett im unteren Flur des Rathauses ist bekannt gemacht, daß die Gemeindesteuern für das Rechnungsjahr 1932 bis zur Beschlußfassung fortzuerheben sind. Weiter ist die Miete für den Monat April und die folgenden Monate bekanntgemacht. Gesenkt haben sich die Kanal- und Müllabfuhrgebühren um 1 Proz. der Friedensmiete. Da aber die Gemeindegrundvermögenssteuer mit 1 Proz. der Friedensmiete höher liegt, ist die Gesamtsumme von 120,5 Proz. der Friedensmiete die gleiche wie im Monat März 1932.

Für das Schuljahr 1932 ist das Schulgeld für einheimische Schüler des Realgymnasiums auf 240 M. festgesetzt worden. Für auswärtige Schüler wird zu diesem Satz ein Zuschlag von 25 Proz. erhoben. Bekanntmachung hängt am schwarzen Brett im unteren Flur des Rathauses zur allgemeinen Kenntnis aus.

Frankfurt a. M.

Achtung Wähler! Die Wähler, die nach dem 24. März innerhalb Frankfurts umziehen, und die nach dem 3. April von auswärtig zuziehen, stehen noch in der Wählerliste des Bezirks derjenigen Wohnung, die sie bis 24. März bzw. 3. April innehaben. Den Wählern, die infolge des Umzugs innerhalb Frankfurts einen zu weiten Weg zu ihrem alten Wahlbezirk zurücklegen müßten und deshalb lieber in dem neuen oder in einem anderen Wahlbezirk wählen möchten, wird auf Wunsch bei Vorlage des Meldescheines während der Auslagezeiten von 10 bis 18 Uhr, Sonntags von 9 bis 13 Uhr, und nach der Auslagezeit in den Räumen, Eingang Wedelgasse 1 (Wahlbezirk 1 bis 270), und in Höchst, Bolongarstraße 109 (Wahlbezirk 271 bis 301), Wahlscheine für beide Wahlen ausgestellt. Dies gilt auch für die nach dem 3. April 1932 von auswärtig zugezogenen Personen bezüglich der preußischen Landtagswahl. Nur solche Wähler können Wahlscheine beantragen, die aus zwingendem Grunde, z. B. wegen unaufschiebbarer Reise (nicht etwa Feriengängen am Wahltage in den Frankfurt benachbarten Taunus-, Spessart- und anderen Orten), Abwesenheit infolge der Ferien, infolge von

Urlaub, Kuraufenthalt, Sterbefall in der Familie usw., an dem Wahltage nicht in Frankfurt sein können. Der Grund muß glaubhaft nachgewiesen werden. Das Wahlamt rät alle Wähler, die am letzten Wahltage nicht in der Wählerliste eingetragen waren und deshalb Einspruch eingelegt haben, sofern ihnen inzwischen noch keine Mitteilung über die nachträglich erfolgte Eintragung zugegangen sein sollte, auf, die Listen einzusehen. Einsichtnahme kann auch durch Beauftragte erfolgen. Wer bei den Wahlen in den Listen nicht gefunden wird, soll sogleich bei dem dem Wahlbezirk zugeteilten städtischen Beamten Einspruch einlegen.

Wohlfahrtsverbände wehren sich gegen Pflichtarbeit in Frankfurt a. Main. Man braucht die Pflichtarbeit nicht erst einzuführen. Wir haben sie schon recht lange. Jeder Wohlfahrtsverbände ist verpflichtet, wenn er von Amts wegen dazu aufgefordert wird, für ein Entgelt von 0,15 M die Stunde, neben seiner Unterstützung, zu arbeiten. Verweigert er die Annahme der Arbeit, so wird ihm die Unterstützung gesperrt. Die Pflichtarbeiter haben schwere Arbeiten auszuführen. Sie werden beim Tiefbau beschäftigt, als Steinklopfer und beim Logen von Trambahnschienen. Am Ende der Arbeitswoche erhält dann der Pflichtarbeiter, neben seiner Unterstützung, für 30 Stunden Arbeit ganze 4,50 Mark. Davon kann ein Pflichtarbeiter seine zerschissenen Kleider und Schuhe nicht ersetzen. Ja, er ist nicht einmal imstande, sich satt zu essen. Die Pflichtarbeiter sind in keiner Sozialversicherung. Weder bei der Ortskrankenkasse noch bei der Invalidenversicherung werden die Pflichtarbeiter versichert. Die Pflichtarbeiter sämtlicher Arbeitstellen wehren sich nun gegen diese unwürdigen Arbeitsbedingungen. Sie haben dem Magistrat ihre Forderungen eingereicht. Unter anderem verlangen sie die Beseitigung des Pflichtcharakters ihrer Arbeit. Sie wollen als Notstandsarbeiter bewertet werden. Sie verlangen ferner, daß man sie bei der Krankenkasse und Invalidenversicherung versichert. Sie fordern Bezahlung nach dem Bau-Hilfsarbeiterlohn, außerdem 40-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich.

Kein Arbeiter auf der Liste der nationalsozialistischen „Arbeiterpartei“. Für Hessen-Nassau haben die Nazis folgende Kandidaten aufgestellt: 1. Karl Weirich, Obersekretär; 2. Dr. Karl Krebs, Landgerichtsrat; 3. Walter Krüger, Hauptmann a. D.; 4. Karl Vetter, Landwirt; 5. Roland Freisler, Rechtsanwalt; 6. Willi Metz, Landwirt; 7. Adolf Beckerle, Diplomvolkswirt; 8. Fritz Lengemann, Büroangestellter; 9. Felix Piekarski, Obersekretär; 10. Konrad Verne, Kaufmann. Kein einziger Arbeiter auf der ganzen Liste. Das sollte doch den Nazi-Arbeitern zu denken geben.

Landgerichtsrat Dr. Krebs kandidiert für die Nazis. In dem Mordprozeß gegen den Nazimann Seipel wurde seinerzeit beanstandet, daß Landgerichtsrat Dr. Krebs, der zu jener Zeit Mitglied bei den Nazis sein sollte, als Beisitzer fungierte. Landgerichtsrat Dr. Krebs bestritt seinerzeit die Zugehörigkeit zur Nazi-Partei. Und jetzt kandidiert Dr. Krebs auf der nationalsozialistischen Kandidatenliste für den Preußischen Landtag.

Geschäftsbericht des Konsumvereins. In der letzten Vertrauensmännerversammlung des Konsumvereins gab Geschäftsführer Liebmann Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. Gegenüber dem Vorjahr ist im letzten halben Jahr ein Umsatzrückgang von 18,7 Prozent eingetreten. Die Spareinlagen betrugen 1.832.000 Mark. Sie sind um 913.000 Mark vermindert worden. Die Eigenmittel des Konsumvereins haben sich von 1.545.000 Mark auf 1.554.000 Mark erhöht. Der Umsatz in den Bäckereibetrieben beläuft sich auf 690.000 und der der Fleischläden auf 410.000 Mark.

Leipzig

Unsere Jugendgruppen haben zu Ostern Fahrten in die nähere und weitere Umgebung Leipzigs durchgeführt, die durchweg einen glänzenden Verlauf nahmen und neue Kraft zur Arbeit gaben. Im Zusammentreffen mit Genossen der SAJ in Jugendherbergen (Eisenberg) beim Diskutieren bewährte sich die Disziplin, die straffere politische Schulung und die überlegene Aktivität unserer Genossen. Ganz besonders gut verlief die Osterfahrt unserer Ortsgruppe. Da die Autos nach Plauen zum Parteitag bereits bestellt waren, wurde eine Fahrt nach Elsterberg und Mylau im Vogtland organisiert, und die SAP-Genossen, die ja in diesen beiden Orten ganz besonders rührig sind, sorgten für Unterkunft, so daß unsere Jugendlichen in heller Begeisterung nach Leipzig zur Arbeit zurückkamen.

Organisationsnachrichten

SAP Groß-Leipzig: Berichterstattung über den Parteitag durch den Genossen Schaller in folgenden Mitgliederversammlungen: Westa 2. 4. Fußballring, Nonnenstraße 52; Zentrum u. Süden 3. 4. Schwarze Kugeln; Mockau 6. 4. Holzhausen 8. 4. Kirsch. — Der Vertrieb von Gutscheinen für die „SAZ“ muß sofort in Angriff genommen, der Absatz des „Kampfsignals“ gesteigert werden. Jedes Mitglied muß in den nächsten Wochen mindestens einen Gutschein (Preis 1 M.) heraus- oder vertreiben. — Sprechstunden im Büro, Kurze Straße 11-13, außerdem Mo., Mi. u. Fr. 17 bis 19 Uhr.

SAP Dresden: Sonntag, 3. April, 17 Uhr, im Sekretariat Aussprache mit dem Gen. Fritz Rück (Berlin) über „Probleme des Parteitag“. Funktionäre, Referenten, interessierte Mitglieder willkommen.

SAP Leipzig-Mitte: Montag, 4. April, 19.30 Uhr, Mitgliederversammlung im Gasthaus Leopold in Heidenau-Gommern.

SAP Leipzig 1. Sa.: Sonnabend, 2. April, 20 Uhr, im Gasthaus „Zum Löwen“. Mitgliederversammlung. Gen. Bergt, Lohs gibt Bericht vom Parteitag.

SAP und SAJ, Unterbezirk Groß-Leipzig: Montag, 4. April, 20 Uhr, im Restaurant Schwarze Kunst, Kreuzstraße 14, Sitzung aller Mitglieder unserer Organisation, die dem Verband der Deutschen Buchdrucker angehören. Jedes Mitglied ist zur Teilnahme verpflichtet.

SAP Schneeburg: Sonnabend, 2. April, 20 Uhr, in der „Laube“. Monatsversammlung. U. a. Bericht zum Reichsparteitag; Berichterstatter Gen. Krauß. SAP Ratingen: Gemeinsame Sitzung aller Funktionäre der SAP, des Sozialistischen Schützengeldes und des SJV Donnerstag, 7. April, 19 Uhr, im Volkshaus. Tagesordnung: Frühlingswahlen.

Sportschau der SAZ

Hockey im 1. Kreis Um die Meisterschaft

Erstes Entscheidungsspiel am Sonntag

Aus den beiden Spitzengruppen A und B haben sich Tennis-Rot, Groß-Berlin und Volks-sport Neukölln-Brick als die jeweils Besten und ungeschlagen herausgeschält. Mit nur je zwei unentschiedenen Spielen stehen beide auf gleicher Punktzahl an der Spitze ihrer Gruppe.

In der Gruppe A, in der Tennis-Rot führt, und die als etwas stärker in ihrer Gesamtheit anzusprechen ist, hatten die Tennispieler keine leichte Aufgabe zu lösen. Die Vereine Rot-Weiß, zu Beginn der Serie als unschlagbar geltend, schritten in der Herbstserie von Sieg zu Sieg und als sie um Weihnachten herum zum erstenmal mit Tennis zusammenkamen, standen beide auf gleicher Höhe. Das Spiel blieb unentschieden. Tennis verbesserte seine Technik und so konnten sie im zweiten Spiel ein 3:0 herausholen, während Rot-Weiß etwas abfiel, waren die Tennispieler insbesondere durch ein gutes Zusammenspiel weiterhin ungeschlagen. Die nächsten Plätze halten der SV. Moabit, der Freie Hockeyclub Spandau und der VfL Osting 2.

In der Gruppe B ging der letzte Kreismeister sehr aussichtslos in die Runde. Aber es sollte sie bald das Geschick ereilen. Der sonst gute Lichtentberger Verein für Leibesübungen Osting wurde unbeständig und verlor bald wertvolle Punkte, die dann nicht mehr aufzuholen waren. Volkssport Neukölln-Brick sicherte sich durch eine solide Beständigkeit den ersten Platz, dicht gefolgt von Osting und der Freien Turnerschaft Groß-Berlin-Tempelhof.

Nun werden sich die beiden Gruppenführer am kommenden Sonntag im ersten Entscheidungsspiel gegenüberstehen. Tennis-Rot hat ein besseres Zusammenspiel, dürfte bessere Läufer und vielleicht flottere Stürmer haben. Neukölln kann sich in der Hauptsache auf eine sehr sichere Verteidigung neben Tormann verlassen. Im sonstigen spielen sie ein gradliniges, ohne jede Kunst auf Erfolg eingestelltes Zweckmäßigkeitsspiel.

Stehen nun die Tennispieler gut durch, sollte ihnen ein knapper Sieg beschieden sein.

Das Spiel findet am dem Platz an der Einsamen Pappel in der Schönhauser Allee um 15 Uhr statt. Umrahmt wird das Meisterspiel von einem Jugendspiel ASV Rotweiß gegen Tennisrot. Beginn um 12.45 Uhr. Außerdem spielen die Sportlerinnen von Rotweiß und VfL Osting. Beginn um 13.45 Uhr. Anschließend wird dann noch ein weiteres Spiel zweier Mannschaften stattfinden. — Im ganzen genommen, ein ausserordentliches Programm wird sich abrollen, wie es sich nur selten bietet.

Das zweite Entscheidungsspiel kommt gemeinsam mit den Handball-Meisterschaftsspielen am 5. Mai zum Austrag.

Die Serie im Vogtland

Fußball-Vorschau.

Nun sind die Freundschaftsspiele der Osterfeiertage mit dem so reichlichen Spielprogramm zu Ende. Jetzt gilt es, sich ganz den Serienspielen zu widmen.

Alle Mannschaften halten sich bis jetzt spielerisch die Waage. In der 1. Gruppe scheint sich Auerbach bestens zu schlagen. Rebesgrün konnte bis jetzt nicht überzeugen. Oelsnitz sowie Eintracht besiegten mit dem knappsten Resultat ihre Ortsrivalen.

1. Klasse.

Rodewisch — Falkenstein (15). Es gilt für Rodewisch, alles daran zu setzen, um nicht die Punkte fortschwimmen zu sehen. (17) — Elfeld — Dorstadt (11). Der alte Gruppenmeister hat hier einen Gegner zu überwinden, der sich nicht so leicht aus dem Rennen schlagen läßt. (49) — Rempesgrün — Treuen (1500). Mit voller Besetzung werden beide Mannschaften den schweren Serienkampf bestehen. (67). — Rebes-

grün — Auerbach (15). Den schwersten Kampf hat hier Rebesgrün zu bestehen, denn Auerbach ist ein äußerst gefährlicher Gegner. (37). — Elsterberg — Spielvereinigung (15). Ein Entscheidungsspiel geht hier vom Stapel, denn für Spielvereinigung 23 ist dieses Spiel alles. Ein spannender Kampf wird's bestimmt. (1). — Lauterbach — Kleinfriesen (15). Auf den Ausgang dieses Spieles darf man gespannt sein. (2). — Raschau — Wacker (15). Wacker ist in der jetzigen Serie ein gefährlicher Partner, und Raschau nimmt dieselben Vorteile ein. (3). — Eintracht — Kürbitz (15). Das letzte Treffen konnte Eintracht mit etwas Glück für sich gewinnen. (15). —

2. Klasse.

Elfeld — Dorstadt (9,30). (51). — Rempesgrün — Treuen (13,30). (45). — Auerbach — Schöneck (15). (32). — Rebesgrün — Brunn-döbra (13,30). (41). — Spielv. 23 — Spielv. 23 (10,30). (50). — Raschau — Bösenbrunn (13,30). (21). — Kürbitz — Lauterbach (13,30). (8). — Elsterberg — 3 — Ruppertsgrün (13,30). (1). — Wacker — Haselbrunn (15). (16). — Elsterberg — Kleinfriesen (9,30). (1). — Eiche 5. Abt. — Eintracht (15). (4).

Handball:

Ein besonderes Ereignis ist das Spiel der 2. Abt. I gegen Planitz I im Vorrundenspiel um den höchsten Titel den der Kreis zu vergeben hat (17,00, Haselbrunn). Die Vertretung des 8 Bezirks mußte in den letzten Jahr immer eine Niederlage einstecken. Dies dürfte unserem Bez.-Meister ein besonderer Ansporn sein, sich von der besten Seite zu zeigen und einmal mit Überraschungen aufzuwarten. Die 2. Abt. muß das Treffen ganz ernst nehmen müssen, wenn sie in den weiteren Rundenspielen noch ein Wörtchen mitreden will.

5. Abt. Jgd. — Haselbrunn Jgd. 9,00 Uhr. Schiri Gen. Tanneberger. — 4. Abt. I — 1. Abt. I, 9,00 Uhr. — 5. Abt. II gegen Haselbrunn A.H. 10,00 Uhr. — Schiri Tanneberger. — 1. Abt. II — 2. Abt. II, 10,00 Uhr. Schiri Gen. Ranke. 3. Abt. I geg. 5. Abt. I, 10,00 Uhr. Schiri Gen. Petermann. —

Raffball: MTV. I — Lauterbach II, 15,00 Uhr. Schiri Gen. Schuster. — TV. I II geg. Lauterbach II, 10,00 Uhr. Schiri Gen. Fröhlich.

Faustball: Raschau I — Untermarkgrün 1, 10,00 Uhr. Schiri Gen. Götz.

Fußball in Südwestsachsen

Die Ostlager haben unsere Fußballer eine echte Feiertagsstimmung gebracht, wovon sie wirklich eine lange Zeit zehren und lernen können. Das schönste, spannendste Feiertagsspiel war unumstritten Nürnberg Ost gegen Oberhohndorf.

Schon in den kommenden Punktspielen, die am kommenden Sonntag fortgesetzt werden, bietet sich für die Mannschaften Gelegenheit, zu zeigen, wer auf dem Wege zu dieser Spielkultur mitgehen oder absteigen stehen will. Es finden 6 erstklassige Serienspiele und 2 sehr wertvolle Freundschaftsspiele statt, und zwar: Vielau-Neitzschkau (15,30 Uhr); Neukirchen-Wilkau (15,30 Uhr); Reinsdorf-Oberhohndorf (15,30 Uhr); Planitz-Zwickau (10,30 Uhr); Cainsdorf-Ebersbrunn (15,30 Uhr); Marien-

thal-Zwickau Nord (15 Uhr); Niederhaußen-Reinsdorf-Döbeln (Meister des 5. Bezirks) Anst. (11 Uhr); Crimmitschau-Gera Untermhaus (15,30 Uhr).

Punktspiele der II-Klasse. Pöhlitz-Wartenndorf (15,30 Uhr); Fichte-Mülsen Jacob-Mülsen (15,30 Uhr); Wessenberg-Friedrichsdorf (15,30 Uhr); Lengenfeld-Stieplitz (15,30 Uhr); Reinschau-Mylau (15,30 Uhr); Brockau-Schöckel (15,30 Uhr); Lichtentanne-Gera (15,30 Uhr); Fraureuth I-Hartenndorf II (15 Uhr in Steinpleis).

Spieler der unteren Mannschaften: Vielau II-Neitzschkau II (13,45); Oberhohndorf II-Wilkau II (10,30); Planitz II-Zwickau II (14,30); Marienthal II-Zwickau Nord II (13,45); Planitz II-Ebersbrunn III (13,00); Pöhlitz II-Mülsen Nieder II (13,45); Neitzschkau III-Brockau II (13,00); Niederhaußen II-Reinsdorf Döbeln II (12,30); Crimmitschau II-Neukirchen II (9,30); Wilkau II-Zwickau Süd II (12,30); Reinsdorf II-Reichenbach II (13,45); Cainsdorf II-Ebersbrunn II (13,45); Vielau II-Zwickau Süd III (11); Reinsdorf III-Oberhohndorf (10,45); Hartensdorf II-Friedrichsdorf II (10,30); Zwickau II-Schönleis II (9,15).

Jugend: Vielau-Neitzschkau (12,30); Reinsdorf-Oberhohndorf (12,30); Cainsdorf-Zwickau Nord (12,30); Crimmitschau Knaben-Neukirchen Knaben (11); Neukirchen-Wilkau (14,15); Planitz-Friedrichsdorf (12). — Sonntag, 2. April: Niederhaußen IIa-Niederhaußen IIb (17).

Zwickauer Handball

Am Sonntag werden sich die spielstärksten von den schwachen Mannschaften unterscheiden. Die erste Klasse wird sich nun bald in zwei Gruppen einteilen. In der Spitzengruppe beginnen am nächsten Sonntag die entscheidenden Kämpfe. Wilkau und Haßlau treffen dann aufeinander.

Crimmitschau I-Leubnitz I (15 Uhr). In diesem Spiel raumen wir Crimmitschau die meisten Siegesaussichten ein. — Wilkau I-Werdau I (11,30 Uhr). — Niederhaußen I gegen Cainsdorf I (14,30 Uhr). Die Cainsdorfer treten einen schweren Gang an. Haßlau wird Cainsdorf wenig Möglichkeiten bieten, ein günstiges Resultat zu erzielen. — Planitz II-Schedewitz I (15,30 Uhr). Beide Mannschaften sind als gleichwertig zu betrachten. Ober-reichenbach I-Stöcken I (15,30 Uhr). Stöcken wird wohl mit Punktsieg heimkehren. Oberreichenbach II-Wahlau (14,15 Uhr). — Reinsdorf I-Marienthal I (9,30 Uhr). Reinsdorf als besser weg, Tore zu werfen, als die noch unsicheren Gäste. — Niederhaußen II-Neukirchen I (9 Uhr).

Untere Mannschaften: Oberreichenbach III-Stöcken II (13 Uhr); Planitz III-Cainsdorf II (8,15 Uhr); Crimmitschau III-Zwickau III (10 Uhr).

Jugend: Niederhaußen-Neukirchen (10 Uhr); Planitz-Cainsdorf (9,30 Uhr); Stöcken-Zwickau (11 Uhr); Wilkau-Werdau (10 Uhr).

Gerätewettkampf in Zwickau

Die Fr.T. u. Sp.Vg. Zwickau veranstaltet am Sonntag, dem 3. April, in der Turnhalle der Pestalozzischule den letzten Gerätewettkampf der drei Vereine Schedewitz 1912, Tv. Oberhohndorf und Zwickau. Beginn 14,30 Uhr.

Könnte Zwickau die vorhergehenden Kämpfe knapp für sich entscheiden, so ist es diesmal in Frage gestellt, wer aus diesem Kampf als Sieger hervorgeht. Die beiden anderen Vereine werden sich die größte Mühe geben, diesmal Zwickau den Sieg streitig zu machen. Die Kampfmannschaften treten in folgender Besetzung an: Zwickau Turnerinnen: Möckel, Gretel; Weißflog, Frida; Oehler, Getrud; Holler, Martha; Fuchs, Else; Kämpfe, Lisbeth; Henze, Marianne. Turner: Fritzsche, Herbert; Hauche, Alfred; Limmer, Erich; Kämpfe, Gerhard; Oehmichen, Georg; Rothenberger, Kurt; Freihube, Herbert. Schedewitz 1912, Turnerinnen: Wirth, Erna; Franke, Elsa; Striezel, Elfriede; Lerner, Gretel; Blatzer, Lotte;

Stemmler, Gretel; Tautenhahn, Frida. Turner: Schumann, Kurt; Tautenhahn, Walter; Zenzler, Walter; Schädlich, Walter; Helbig, Hans und Kurt. Tv. Oberhohndorf, Turnerinnen: Groß, Irma; Carniel, Liesel; Schönfelder, Marthel; Müller, Elsa; Siegel, Dora; Schürer, Hanna; Carniel, Hanna. Turner: Heß, Walter; Zöbler, Gerhardt; Oehmer, Kurt; Hölig, Walter; Riehs, Erich; Klug, Rudi; Schneider, Paul.

Nach dem Wettkampf findet im Gasthof „Goldener Helm“ ein Tänzchen mit Resultatbekanntgabe statt. Zu beiden Veranstaltungen laden die Veranstalter freundlichst ein.

Humoristischer Abend des VfL Planitz

Am Sonntagabend, dem 2. April, hält der VfL Planitz im Volkshaus Planitz einen humoristischen Abend ab. Beginn 19,30 Uhr. Das Programm umfaßt eine Fülle humoristischer Darbietungen, so daß sich jeder Besucher einmal herzlich auslachen kann. Der Besuch kann nur empfohlen werden.

Düsseldorfer Oster-Handball

Unterrath gegen Lüttich-Seraling 3:4 (8:3). Die Belgier stellten eine technisch gut durchgeübte Mannschaft. Das Resultat entspricht dem Spielverlauf. — Fr. Schwimmer gegen Utrecht (Holland) 8:5 (4:1). Holland setzte den Schwimmern den erwarteten Widerstand entgegen und konnte die Tor-schüsse niedrig halten. Ein Werbespiel, das die Zuschauer bis zum letzten Moment fesselte. — Sportlerinnen: Fr. Schwimmer gegen Utrecht 1:1 (0:1). Ein Spiel gleichwertiger Gegner, das auch im Resultat zum Ausdruck kommt. — Schwarz-Gelb gegen Aachen-Merklein 10:3 (2:2). Das Endresultat entspricht nicht ganz dem Spielverlauf. Aachen war in der ersten Halbzeit ein wenigstens gleichwertiger Gegner, erst in der zweiten Hälfte ließen sie merklich nach, so daß Schwarz-Gelb stark aufkam und sich den hohen Torerfolg sicherte.

Fußball

Eller gegen Utrecht (Holland) 10:3 (5:0). Auch hier konnte Holland zu keinem Erfolge kommen. Die Fünferreihe der Gastgeber war in guter Fahrt und reißte einen Torerfolg an den anderen.

Oesterreichische Arbeiter-athleten in Deutschland

Der deutsche Arbeiter-Athletenbund hatte die Ländermannschaft des Verbandes der Arbeiterkraftsportvereine Oesterreichs zu zwei Kämpfen im Ringen verpflichtet. Der erste Kampf stieg in Fürth i. Bayern, den der frühere Bundesmeister Kraftsportklub Fürth mit 16:12 gewann. Der zweite Kampf fand in Bamberg gegen den 1. Arbeiterathletenverein statt. Bamberg unterlag gegen die kampfstärke österreichische Mannschaft mit 6:22 Punkten. Der Besuch in Fürth war mäßig, in Bamberg wies die Veranstaltung über 1000 Zuschauer auf.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Duckstein, für Inseraten: Johannes Hofmann. Verlag: Siebel Zeitungs-Verlagsges. m.b.H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ, Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montag. Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904. Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905. Bezugspreis für einen Monat durch die Postämter RM. 2,40 einschließlich Bestellgeld. RM. 2,10 und RM. 1,30 Porto. Verlag bezogen: RM. 1,30 Porto. Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete. Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Siebel Zeitungs-Verlagsges. m.b.H.“, Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 1539 28.

Staats-Theater

Oper U. d. Linden

Sonabend, 2. April

20 — gegen 22,30 Uhr.

Der fliegende Holländer

Schauspielhaus

a. Gendarmenmarkt

Sonabend, 2. April

20 — nach 23 Uhr.

Egmont

Schillertheater

Charlottenburg, Kienbergplatz

Sonabend, 2. April

20 — 22,30 Uhr.

Ostern

Kino für Jedermann

Potsdamer Str. 4, im Vorhaus 2334

Ab Freitag, den 1. April 1932:

Helm Rühmann u. Hans Moser in

Leichtsin, Liebe und ein Mädel

mit Hans Junkermann, Ida Wüst,

Hedi Klosser. Außerdem Die

einzig existierende Filmaufnahme von

Willy H. in Deorum, Wochenschau-

Tag, ab 9 Uhr vorm.

Sonntag, ab 3 Uhr nachm. bis 10. nachts.

Einzig. Tag- u. Nachtkino Berlin

Lichtspiele

am Stettiner Bahnhof

Invalidenstr. 127

Tonfilm-Tageskino

„Die Pranke“

mit Charlotte Susa, dazu Jenny Lind,

die große Vortragskünstlerin

Münz-Theater

Münzstr. 10

Tonfilm-Tageskino

„Der Stolz der

dritten Kompanie“

dazu:

„Gesangsverein Sargenfelde“

Elysium - Lichtspiele

Prenzlauer Allee 56

Jugendliche haben Zutritt

Zwei Wiesensänger

Anny Ondra in

„Eine Nacht im Paradies“

dazu: Pat und Patachon in

„Knaul und Fall“

Sonntag 3 Uhr, Große Jugendvorstellung

Der große Preisabbau, Wochentags bis

6 Uhr, Sonntags bis 4 Uhr. 20 Pig.

Nachher von 80 Pig. an

PRATER

Lichtspiele

Kastanienallee 7/9

Hochbahnhof Danziger Straße

Autobus 9

Vom 1. bis 7. April 1932

Zwei Schiller von ganz großer

Klasse in einem Programm.

Fräulein — falsch verbunden

In der Hauptrolle der neue Stern am

Filmbühnen Magda Schneider mit

Johannes Riemann, Trude Berliner.

dazu:

Tabu

Das gewaltigste und ergreifendste Film-

werk mit unersetzten Bildern a. d. Südsee.

Einmal 1/2 500. Eintrittsp. ab 0,50 RM.

Lesst den Klassenkampf!

M * I * L * A

Lichtspiel-Palast

Schönhauser Allee 130

Eine Woche lang

zwei Groß-Tonfilme

Fritz Kampers, Evelyn Holt in

„Drei gehen nicht unter“

(Drei von der Stempelstelle)

Ein aktuelles Zeitdokument

Billy Haas, Carl Böls in

„Ein steinreicher Mann“

Eine amüsante Tonfilmkomödie

Stark reduzierte Eintrittspreise

Pharus Lichtspiele

Müllerstraße 142

Lilian Harvey in

Zwei Herzen und ein Schlag

mit Albeck-Rest, Otto Wallburg, Rosa Valetti

dazu

Tonkabarett

mit Siegfried Arno, Trude Berliner,

Paul Hörbiger, Paul Westermeyer

zu neuen Tonwochenschauen

THEATRE

RESTAURANT

BERLIN

KEMPFINSKI

THEATRE

RESTAURANT

BERLIN

KEMPFINSKI

Sportschuhe für das Wochenende

Damen-Schnürhalbschuhe braun

Roschewitz, flacher Absatz, Größe 36-40

5,50

Damen-Schnürhalbschuhe braun

Boxcall, flacher Absatz, Größe 36-40

6,50

Damen-Schnürhalbschuhe braun

Boxcall, flacher Absatz, Größe 36-40

7,75

Damen-Möndschschuhe Schnalle,

Rahmenarbeit, Treppenabsatz, Größe 36-40

9,75

Herren-Halbschuhe braun Rindbox,

Zwischenschuh, Rahmenarbeit, Größe 40-44

12,00

Herren-Halbschuhe braun Rindbox,

Zwischenschuh, Rahmenarbeit, Größe 40-44

12,00

Herren-Halbschuhe braun Rindbox,

Zwischenschuh, Rahmenarbeit, Größe 40-44

12,00

Herren-Halbschuhe braun Rindbox,

Zwischenschuh, Rahmenarbeit, Größe 40-44

12,00

Herren-Halbschuhe braun Rindbox,

Zwischenschuh, Rahmenarbeit, Größe 40-44

12,00

Herren-Halbschuhe braun Rindbox,

Zwischenschuh, Rahmenarbeit, Größe 40-44

12,00

Kauf

Quischeine

Stärkt

den Presselands

Schutzbündchen!

Die Ortsgruppen wenden

sich direkt an den Genossen

Kurt Baumann

Niederhaußen/Zw., Rosenthaler Str. 15

Preis pro Heft M. 3.10 / Tel. 141.

Die allerfeinste Butter, den

Obersten Käsen, Speisequark

kauft man direkt oder in den

Verkaufsstellen der Molkerei

Herrnhut 1. St.

inzerieren

bringt Gewinn!

inzerieren

bringt Gewinn!

inzerieren

bringt Gewinn!

inzerieren

bringt Gewinn!

inzerieren

bringt Gewinn!

inzerieren

bringt Gewinn!

inzerieren

bringt Gewinn!

inzerieren

bringt Gewinn!

Kauf

Quischeine

Stärkt

Prinzipienerklärung der SAP

I.

Die Sozialistische Arbeiter-Partei erstrebt einen Gesellschaftszustand, in dem das Privateigentum an den Produktionsmitteln aufgehoben und diese in die Hände der Gesellschaft übergeleitet sind; in dem es deshalb keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, und keine Klassen mehr gibt, und der Staat, die organisierte Gewalt, in den Händen einer herrschenden Klasse, beseitigt ist.

II.

Die entscheidende Voraussetzung für die Verwirklichung des Sozialismus, die Enteignung der Kapitalistenklasse, ist die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Jeder Tageskampf ist diesem Ziel untergeordnet. Der unmittelbare Kampf um die Macht setzt eine revolutionäre Situation voraus, die gekennzeichnet ist durch eine tiefgehende Zersetzung der bürgerlichen Gesellschaft und die Bereitschaft der proletarischen Klasse, alle Mittel des organisierten Kampfes vom Streik bis zur Auseinandersetzung mit der bewaffneten Gewalt der Bourgeoisie anzuwenden.

Der Staat ist stets ein Werkzeug zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere. Seine Form wird in fortwährenden Klassenkämpfen den jeweiligen Bedürfnissen der herrschenden Klassen angepaßt. Der bürgerliche Staat ist daher nichts als Werkzeug zur Ausübung der bürgerlichen Klassenherrschaft über das Proletariat, und zwar nicht nur in der Monarchie oder in der faschistischen Diktatur, sondern auch in der demokratischen Republik. Da die ungeheure bürokratische und militärische Organisation des kapitalistischen Staates und das parlamentarische System vollkommen den Herrschaftsbedürfnissen der Bourgeoisie angepaßt sind, können sie von der siegreichen Arbeiterklasse nicht übernommen werden. Das Proletariat muß vielmehr diesen Staat, das Herrschaftsorgan der Bourgeoisie, zertrümmern und seinen eigenen aufbauen, gestützt auf die Räte der arbeitenden Massen und geführt durch die revolutionäre Partei.

Dieser Staat ist der Ausdruck der revolutionären Diktatur des Proletariats, einer Klassenherrschaft, die alle Mittel gebraucht, um den Widerstand der konterrevolutionären Kräfte niederzuwerfen, ihnen jede Möglichkeit der Organisation zu nehmen, die Räteherrschaft gegen Angriffe von außen zu verteidigen und die sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufzubauen.

III.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise unterscheidet sich von allen früheren nicht nur durch den Umfang, Tiefe und Dauer, sie ist zugleich der Ausdruck dafür, daß der Weltkapitalismus in seine Niedergangsperiode eingetreten ist. Die inneren Widersprüche des Kapitalismus haben einen solchen Grad erreicht, daß sich die Krisen in beschleunigtem Tempo und mit ständig zunehmender Schärfe wiederholen müssen. Die normalen Mittel der kapitalistischen Krisenüberwindung — der Ausgleich der Spannungen durch Wertvernichtung und die Ausdehnung des Weltmarktes — sind in ihrer Wirksamkeit gelähmt. In dieser Situation reichen die parlamentarisch-demokratischen Herrschaftsmethoden nicht mehr aus: die Bourgeoisie ist gezwungen, zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems zur offenen Diktatur über die Arbeiterklasse zu greifen, zugleich wächst mit dem Drang nach einer Neuaufteilung des Weltmarktes die Kriegsgefahr. Die menschliche Gesellschaft steht vor der Alternative: Sozialismus oder Untergang in die Barbarei.

Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat ist zur aktuellen Aufgabe geworden.

IV.

Die Zersetzung der Gesellschaft äußert sich in der Untergrabung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse, im Lohnabbau und im Zusammenbruch der Sozialpolitik, in der dauernden Ausschaltung breiter Schichten des Proletariats aus dem Produktionsprozeß, der Enteignung und Proletarisierung großer Teile der Mittelschichten in Stadt und Land, im Zerreißen der traditionellen gesellschaftlichen Bindungen, und einem breitesten Kreise der Bevölkerung ergreifenden Gefühl der Unsicherheit und Hoffnungslosigkeit. Mit alledem verengt sich die gesellschaftliche Grundlage der bürgerlichen Klassenherrschaft. Die Bourgeoisie kann ihre Macht nur noch durch Diktatur und Terror aufrechterhalten.

Ist der Gedanke, die politische Macht auf parlamentarisch-demokratischem Wege, d. h. ohne die Zertrümmerung des bürgerlichen Machtapparates, zu gewinnen, an sich eine Illusion, so wird jetzt durch die Zerstörung des Parlamentarismus und die Aufrichtung der offenen Diktatur diesem Glauben jede Grundlage entzogen. Die reformistische Politik wirkt sich damit nicht nur gegen die Zukunftsinteressen des Proletariats, sondern unmittelbar auch gegen seine Tagesinteressen aus und führt zur fortschreitenden Zerküftung der Arbeiterbewegung. Ihr Wesen als Werkzeug der Reaktion offenbart sich in krasser Weise.

Die SPD ist durch ihre bisherige Politik unlösbar mit dem kapitalistischen Staat und dem kapitalistischen System verbunden und damit die Gefangene ihrer eigenen Politik. Die Rückkehr zum Klassenkampf ist ihr für immer verbaut. Ihre Politik kann und muß sich darum um so mehr immer nur zum Schaden der Arbeiterklasse auswirken, als der Kapitalismus in seiner Niedergangsperiode ihr die Rolle zuweist, als Instrument zur Niederhal-

tung der Arbeiterklasse zu fungieren. Zugleich wird hierdurch naturgemäß jede Grundlage zu einer internationalen Orientierung der Arbeiterklasse beseitigt und damit der Internationalismus, der ein Lebenselement des Proletariats ist. Das völlige Versagen der zweiten Internationale ist hierfür der sinnfällige Ausdruck.

Die Sozialistische Arbeiterpartei steht daher in unüberbrückbarem prinzipiellen Gegensatz zur SPD und zur 2. Internationale. Sie sieht eine ihrer wichtigsten Aufgaben darin, die sozialdemokratischen Arbeiter für die revolutionäre Politik zu gewinnen.

Die Kommunistische Partei und die Kommunistische Internationale haben diese Aufgabe nicht erfüllt und zeigen sich unfähig, den proletarischen Massen in der revolutionären Krise die Führung zu geben. Trotz ihrer Grundsätze und im Widerspruch zu den taktischen Lehren Lenins treiben sie eine Politik, die die Arbeiterklasse verwirrt und lähmt und ihre Spaltung begünstigt, und damit die Verwirklichung ihrer Ziele hindert. Die entscheidenden Fehler bestehen in der Preisgabe der Einheitsfrontpolitik, die sich auf die verhängnisvolle Theorie vom Sozialfaschismus stützt, im RGO-Kurs und in der Politik des kleinbürgerlichen Nationalismus. Verstärkt und zum Teil verursacht werden diese Fehler durch die Monopolstellung, die die kommunistische Partei der Sowjetunion in der Kommunistischen Internationale ausübt. Diese Monopolstellung hat nicht nur fehlerhafte Direktiven, sondern auch die schematische Uebersetzung russischer Erfahrungen, die obendrein oftmals noch verzerrt werden, zur Folge. Durch die Aufhebung der Parteidemokratie und das ganze organisatorische System, das sich in der Kommunistischen Internationale und ihren Sektionen herausgebildet hat, wird die Gesundung der revolutionären Arbeiterbewegung außerordentlich erschwert.

Die Sozialistische Arbeiterpartei stellt sich die Aufgabe, durch eine revolutionäre Politik den kommunistischen Arbeitern die verhängnisvollen Folgen dieser Fehler zum Bewußtsein zu bringen und damit die Voraussetzungen für eine einheitliche revolutionäre Organisation auf nationaler und internationaler Grundlage zu schaffen.

V.

Mit der russischen Oktoberrevolution ist eine neue Epoche in der internationalen Arbeiterbewegung angebrochen. Die Erfahrungen des heroischen Kampfes um die politische Macht, beim Aufbau des Rätestaates, im Bürgerkrieg und bei der Ausübung der Diktatur haben allgemeine Bedeutung für die internationale Bewegung des Proletariats. Unter der Führung der kommunistischen Partei der Sowjetunion, die die Diktatur der Arbeiterklasse zum machtvollen Instrument des Proletariats gestaltet, werden in Sowjetrußland die Grundlagen für die Verwirklichung des Sozialismus geschaffen. Dieser Prozeß geht vor sich unter besonders schwierigen Vorbedingungen wegen der kulturellen und wirtschaftlichen Rückständigkeit des revolutionären Rußland, wegen der Verheerungen des imperialistischen Krieges und des Bürgerkrieges und wegen des Fehlens jeglicher Erfahrungen im Aufbau des Sozialismus. Die objektiven Schwierigkeiten werden verschärft durch die Fehler der gegenwärtigen Parteiführung, der Aufbau wird gefährdet durch die antileninistische Theorie von der Möglichkeit, den Sozialismus in einem einzelnen Lande zu vollenden, durch die Ueberbürokratisierung der Partei und der Staatsorgane, durch die Nichtachtung der Grundsätze des demokratischen Zentralismus. Ungeschachtet der notwendigen proletarischen Kritik an der Führung der KPdSU muß jedoch unter Berücksichtigung der objektiven Schwierigkeiten bei jeder Gelegenheit hervorgehoben werden, daß sich in der Sowjetunion die gewaltige Ueberlegenheit der sozialistischen Planwirtschaft gegenüber der kapitalistischen Wirtschaftsarchie bewährt.

Die Sozialistische Arbeiterpartei setzt es sich zur Aufgabe, die großen Lehren der russischen Revolution auszuwerten, sie den Bedingungen des revolutionären Kampfes in Deutschland anzupassen und ihr politisches Wirken von diesen Erfahrungen leiten zu lassen.

Die Sozialistische Arbeiterpartei sieht in der Sowjetunion das Bollwerk des internationalen Proletariats. Sie gegen alle Angriffe der kapitalistischen Konterrevolution zu verteidigen, ist die Pflicht der gesamten Arbeiterklasse der Welt.

VI.

Die weltpolitische Situation ist durch zwei Gefahrenherde gekennzeichnet: die gewaltige Verschärfung der imperialistischen Gegensätze in der Niedergangsperiode des Kapitalismus und den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen der kapitalistischen Welt und der Sowjetunion. Die gesamte Außenpolitik der kapitalistischen Mächte dient den imperialistischen und konterrevolutionären Bestrebungen der Bourgeoisie und der Vorbereitung der kommenden kriegerischen Auseinandersetzungen, die bereits im Fernen Osten ihren Anfang genommen haben. Auf dem Boden der kapitalistischen Politik gibt es keine Lösung der Konflikte, für die sich die Arbeiterklasse einsetzen kann. Die Verständigung kapitalistischer Mächte oder einzelner Kapitalistengruppen untereinander, der Völkerbund und die Abrüstungskonferenzen können die Kriegsgefahr nicht beseitigen: sie dienen

vielmehr der Umgruppierung und Organisation der imperialistischen Fronten. Mildern sie bestehende imperialistische Gegensätze, so erzeugen sie gleichzeitig neue, gefährlichere auf breiterer Grundlage.

Die SAP lehnt daher jeden imperialistischen Krieg ab, mag er auch als Verteidigungskrieg oder als Krieg zum Schutze der Neutralität getarnt sein. Die SAP wird ihre ganze Kraft und alle revolutionären Mittel anwenden, einen drohenden Krieg zu verhindern und den äußersten Widerstand gegen ihn zu organisieren, in dem sie die Massen über das Wesen der kapitalistischen Massen über das Wesen der kapitalistischen Außen- und Rüstungspolitik aufklärt und den illusionären Glauben an die Möglichkeit, innerhalb der kapitalistischen Welt den Frieden herzustellen und zu sichern, zerstört, der nationalistischen Verhetzung entgegenwirkt und die Arbeiterklasse so stärkt, daß sie in einem imperialistischen Kriege den revolutionären Kampf gegen das kapitalistische System wirksam durchführen kann.

In einem Krieg kapitalistischer Mächte gegen die Sowjetunion mobilisiert die Sozialistische Arbeiterpartei alle Kräfte des Proletariats für die Unterstützung der Arbeiter- und Bauernmacht Rußlands.

In den revolutionären Aufständen der Kolonialvölker sieht die Sozialistische Arbeiterpartei eine Erschütterung des Imperialismus und der Grundlage der kapitalistischen Herrschaft überhaupt. Sie unterstützt deshalb den Befreiungskampf der unterdrückten Völker in den Kolonien und Halbkolonien mit dem Einsatz aller ihr zur Verfügung stehenden Mittel, insbesondere durch die äußere Entfaltung des Klassenkampfes gegen die eigene Bourgeoisie.

VII.

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Dieser Befreiungskampf bedarf zur Vorbereitung und Organisation einer revolutionären Partei. Die Aufgabe der Partei ist, dem Kampfe die Parole, die Richtung zu geben, die Taktik so einzurichten, daß in jeder Phase des Kampfes die ganze Summe der vorhandenen und bereits in Bewegung gesetzten Macht des Proletariats realisiert wird und in der Kampfstellung der Partei zum Ausdruck kommt; daß die Taktik der Partei nach ihrer Entschlossenheit und Schärfe nie unter dem Niveau des tatsächlichen Kräfteverhältnisses steht, sondern vielmehr dieses Verhältnis ständig zugunsten des Proletariats ändert. Die revolutionäre Partei muß die führende Vorhut der Arbeiterklasse sein. Als solche darf sie weder den Schwächen rückständiger Schichten nachgeben, noch sich von dem proletarischen Gros lösen durch Aktionen, die dessen Reifegrad noch nicht entsprechen.

Um ihren Aufgaben zu genügen, muß die revolutionäre Partei in ihren Reihen den demokratischen Zentralismus verwirklichen, der besteht in der Einheitlichkeit der grundsätzlichen Auffassungen, in der Initiative und Verantwortung der Führung in einem Organisationsaufbau, der die beständige Kontrolle und Beeinflussung aller leitenden Organe bis zum Parteivorstand und ihrer politischen und organisatorischen Entscheidungen durch die Mitglieder und die unteren Organisationen sichert, sowie in der disziplinierten Durchführung aller Aktionen.

Die Sozialistische Arbeiterpartei will der Arbeiterschaft diese Führung geben.

Aktionsprogramm der SAP

Einleitung

In der Weltkrise ist Deutschland unter den kapitalistischen Großstaaten die schwächste Stelle der kapitalistischen Macht. Das Bestehen der Diktatur Brüning und die Gefahr der Machtübernahme durch den Faschismus sind der Ausdruck der Tatsache, daß in Deutschland der Klassengegensatz sich so zuspitzt hat, daß die Alternative gestellt ist: faschistische oder proletarische Diktatur. Die objektiven Voraussetzungen für die proletarische Revolution sind in hohem Grade gegeben.

Der SAP erwächst aus dieser Situation die Aufgabe, die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Gegenwartslosungen des revolutionären Proletariats in einem

Aktionsprogramm

zusammenzufassen.

Diese Forderungen können in ihrer Gesamtheit im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft nicht verwirklicht werden. Sie sind vielmehr geeignet, die Arbeiterklasse in Kämpfe zu führen, die sie zusammen-schweißen, mit Kraftbewußtsein erfüllen und die zugleich aus der Verteidigung der proletarischen Tagesinteressen zum Kampf über die Macht überleiten.

III.

Innenpolitik Gegen die bürgerliche Diktatur

Das demokratisch-parlamentarische Regierungssystem ist in Deutschland bankrott. Der Glaube an die Durchführung eines wirklichen parlamentarisch-demokratischen Regierungssystems in Deutschland ist eine Illusion. Aufgabe der Arbeiterklasse ist, die politischen Positionen und die Bewegungsfreiheit, die ihr die Ueberreste der bürgerlichen Demokratie noch gewähren, im außerparlamentarischen Kampfe zu sichern, auszuweiten und zum Angriff auf die bürgerliche Diktatur auszunutzen. In diesem Sinne kämpft die Sozialistische Arbeiterpartei insbesondere:

- gegen das Diktaturregime auf Grund des Artikels 48;
- für die Aufhebung des Republikschutzgesetzes;
- für die Aufhebung aller Notverordnungen;
- für die Wiederherstellung der Presse-, Versammlungs-, Demonstrations- und Koalitionsfreiheit für die Arbeiterklasse;
- gegen die faschistische Klassenjustiz;
- gegen Ausnahme Gesetze und Sondergerichte;
- für die Amnestierung aller revolutionären Kämpfer.
- für Aufhebung aller Gesetzesparagrafen, auf Grund derer die Aufdeckung geheimer Rüstungen als Landesverrat verfolgt werden kann.

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Zur erfolgreichen Wahrung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Interessen ist die Arbeiterklasse nur imstande, wenn sie die Gewerkschaften für eine revolutionäre Klassenpolitik gewinnt und ihre Einheit wiederherstellt.

In der Niedergangsperiode des Kapitalismus und angesichts des offenen Einsatzes der Staatsgewalt in den Wirtschaftskämpfen für die Kapitalistenklasse reichen gegenüber der Macht des Unternehmertums die freigewerkschaftlichen Kampfmethoden nicht mehr aus. Es sind deshalb alle Möglichkeiten auszunutzen, um die wirtschaftlichen Kämpfe in

politische überzuleiten. Zugleich sind die Gewerkschaften in den politischen Kämpfen der Arbeiterklasse, besonders zur Abwehr des Faschismus, einzusetzen und alle Aktionen in den Dienst der Vorbereitung des politischen Massenstreiks zu stellen.

Die Sozialistische Arbeiterpartei setzt sich besonders für den Kampf um folgende Forderungen ein:

Gegen den Lohnabbau:

- für Rückgängigmachung aller Eingriffe in die Tarifverträge;
- für Beseitigung der Schlichtungsordnung;
- für die Abwehr aller Angriffe auf das Tarifrecht;
- für die gesetzliche 40-Stundenwoche als Höchstarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich;
- für die Durchsetzung des Grundsatzes: gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Gegen die Arbeitslosigkeit:

- für großzügige Arbeitsbeschaffung durch Staat und Gemeinden unter Ausschaltung der kapitalistischen Profitinteressen und unter Kontrolle der Betriebsräte und Gewerkschaften;
- für die entschädigungslose Enteignung stillgelegter Betriebe;
- für weitestgehende Warenkredite an Sowjetrußland;
- für die Wiederherstellung der Arbeitslosenversicherung und der Abschaffung der Unterstützungspflicht auf die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit;
- für die Sicherung des Existenzminimums aller Arbeitslosen;
- gegen jede Form der Arbeitsdienstpflicht und die technische Nothilfe.

Sozialpolitik:

- für Rückgängigmachung aller Verschlechterungen der Sozialgesetzgebung;
- für Herabsetzung der Altersgrenze in der Invaliden- und Angestelltenversicherung auf fünfzig Jahre;
- für die Sicherung des Existenzminimums aller Opfer der Arbeit und des Krieges;
- für den sechsstündigen Maximalarbeitstag für Frauen und Jugendliche und das Verbot von Nachtarbeit und Arbeit in gesundheitsschädlichen Betrieben für Frauen und Jugendliche;
- für ausreichenden Schwangers- und Mutterschutz;
- für Aufhebung des § 218;
- für ausreichenden Jugendschutz.

Finanzpolitik:

- für die Sicherstellung der sozialpolitischen Leistungen durch Besitzbelastung;
- für Beseitigung der Lohnsteuer und Aufhebung der Steuerpflicht für alle das Existenzminimum unterschreitenden Arbeitseinkommen;
- für Beseitigung aller Kopfsteuern und indirekten Steuern;
- für progressive Erhöhung der Erbschaftsteuer;
- für Kürzung der hohen Pensionen;
- für sofortige Einstellung aller Zahlungen an Fürsten und Standesherren;
- für Streichung aller militärischen Ausgaben;
- für Aufhebung aller Geheimfonds sowie der Uebertragbarkeit von Etatposten;
- für unverzügliche Einstellung aller Subventionen an Großindustrie, Großbanken und Großlandwirtschaft;

für sofortige Rückzahlung aller an Großindustrie, Großbanken und Großlandwirtschaft gewährten Subventionen und Kredithilfen, Kündigung aller diesen gegenüber übernommenen Bürgschaften;
für sofortige Einstellung aller Zahlungen an Kirchen und Religionsgesellschaften;
für Offenlegung der Steuerlisten;
für sofortige Einziehung aller rückständigen Steuern bei Großindustrie, Großhandel, Großlandwirtschaft usw.;
für Aufhebung aller der Lebenshaltung verteuernenden Zölle;

Kommunalpolitik:

für die sofortige Wiederherstellung des uneingeschränkten und bedingungslosen Selbstverwaltungsrechtes der Kommunen;
für ein sofortiges Moratorium für alle Gemeinden und Gemeindebetriebe;
für Aufrechterhaltung allen kommunalen Besitzes, sofortige Verhängung einer Sperre gegen Veräußerung kommunalen Besitzes und Hinfälligkeitserklärung aller unter privatem Druck oder mit Hilfe der Korruption zustande gekommenen Übertragungen von Kommunalbesitz in Privathand;
für Aufhebung des Mitbestimmungsrechtes in kommunalen Körperschaften für solche Personen, die mittelbar oder unmittelbar an privaten Unternehmungen interessiert sind.

Gegen die Verelendung der Mittelschichten

Durch Monopolkapital und Krise werden die Kleinbauern und die städtischen Mittelschichten in hohem Maße enteignet und in tiefes Elend gestürzt. Sie suchen jetzt Rettung beim Faschismus. Es ist von gewaltiger Bedeutung sowohl für den gegenwärtigen Kampf der Arbeiter als für die Erhaltung der vom Proletariat eroberten Macht, diese kleinbürgerlichen Schichten von der Reaktion loszureißen und zu einem Verbündeten der Arbeiterklasse zu machen.

Die Sozialistische Arbeiterpartei kämpft deshalb im Interesse dieser Schichten und sucht sie selber zu mobilisieren, für Enteignung des Grundbesitzes der Fürsten und Landesherren;
für Enteignung des Großgrundbesitzes, der an den Staat direkt oder indirekt verschuldet ist;
für Aufteilung dieses enteigneten Bodens unter Kleinbauern und landwirtschaftliche Arbeiter, unbeschadet des Grundsatzes, daß im allgemeinen der Großbetrieb in der Landwirtschaft erhalten bleiben und künftig den Gütern übergeben werden soll;
für Förderung der Produktivgenossenschaften der Kleinbauern zur Ausnutzung der modernen Mittel der Technik;
für Entschuldung der Kleinbauern und der verelendeten städtischen Mittelschichten;
für Aufhebung aller Steuern, die diese über das Existenzminimum hinaus belasten;
für Einbeziehung der Kleinbauern und der städtischen Mittelschichten in die gesamte Sozialversicherung.

Gegen die Kulturreaktion:

Die SAP erkennt, daß in der Periode der entscheidenden Auseinandersetzung zwischen Kapital und Proletariat alle kulturellen Maßnahmen der Bourgeoisie und ihre Kultureinrichtungen dem Kampfe gegen den revolutionären Sozialismus dienstbar gemacht werden. Sie betrachtet das kulturelle Gebiet als gleich wichtig neben dem wirtschaftlichen und politischen Befreiung des Proletariats und der Nation durch Nachgiebigkeit in kulturellen Fragen politische und wirtschaftliche Schachvorteile zu erlangen. Im besonderen tritt sie ein:

für völlige Beseitigung aller Zensurmaßnahmen, welche die freie Meinungsäußerung auf irgendeinem Gebiet hindern und damit den Befreiungskampf des Proletariats hemmen;
für die Trennung von Staat und Kirche gegen alle Machtansprüche der Kirche;
für die Befreiung von Presse, Literatur und Erziehung aus kapitalistischer Abhängigkeit, für Maßnahmen, welche die Unabhängigkeit dieser Einrichtungen ihrer Vertreter sichern.
In der Erziehung:
für Brechung des Bildungsprivilegs der Besitzenden;
für Anerkennung der Erziehung als einer gesellschaftlichen Angelegenheit und demgemäß:
für gesellschaftlichen Ausbau aller Erziehungs- und Pflegeeinrichtungen für den gesellschaftlichen Nachwuchs;
für Recht der Eltern auf Anerkennung und Sicherung der Elternschaft als gesellschaftlich notwendige Leistung;
für unterschiedsloses Recht aller Jugendlichen auf volle Entwicklung ihrer Anlagen;
für Weltlichkeit und Unentgeltlichkeit aller gesellschaftlichen Erziehungseinrichtungen;
für Gleichordnung von geistiger und Werkarbeit als zwei Seiten gesellschaftlich notwendiger Leistung und Ausbildung aller beiden;
für Ausbau des Schul- und Erziehungswesens zu einem einheitlichen, in sich differenzierten System der Bildung zu gesellschaftlicher Erkenntnis, Verantwortung und Arbeit.

Die SAP wird jedes Bestreben unterstützen und jede Organisation ausbauen helfen, welche dem kulturellen Befreiungskampf des Proletariats dient. Sie wird alle proletarischen Kulturorganisationen fördern, insbesondere die Erziehungsorganisationen, welche sich einsetzen für Weltlichkeit und soziale Ausgestaltung des Erziehungswesens.

II.

Außenpolitik

Die Sozialistische Arbeiterpartei ist gegen alle Verträge, die der Unterdrückung und Ausplünderung anderer Völker dienen. Sie kämpft deshalb gemeinsam mit dem revolutionären Proletariat der anderen Länder auch für die Aufhebung der imperialistischen Friedensverträge, des Youngplanes und der übrigen Kriegsschuldenabkommen und für Abwälzung der nach diesen Verträgen aufzubringenden Leistungen auf die Kapitalistenklasse. Sie ist gegen jeden Revanchekrieg und wendet sich entschieden gegen die Ausnutzung der Reparationsleistungen, der durch die Friedensverträge erzwungenen Rüstungsbeschränkungen usw. für die nationalistische Verhetzung. Ebenso wendet sie sich gegen die demagogische Behauptung, daß die Krise in Deutschland wesentlich durch die Reparationsverpflichtungen hervorgerufen sei, eine Behauptung, die durch die Massenarbeitslosigkeit in den Siegerländern widerlegt wird.

Die Sozialistische Arbeiterpartei wird sich mit aller Kraft dem Versuch entgegenstellen, die Arbeiterklasse durch solche Propaganda vom Kampf gegen das kapitalistische System abzulenken und für nationalistische Zwecke mißbrauchen zu lassen.

Alle Versuche, das Reparationsproblem und die Streitfragen wegen des polnischen Korridors, Oberschlesien usw. durch Verständigung der imperialistischen Mächte zu lösen, führen — wie alle Verständigungsversuche kapitalistischer Staaten — zu neuen Mächtigkeitsparaden und beseitigen nicht die Gefahr neuer Kriege. Bei all diesen Verständigungen wächst die Gefahr der Koalition der kapitalistischen Staaten gegen die Sowjetunion.

Die Sozialistische Arbeiterpartei ist sich deshalb bewußt, daß jede imperialistische Revision des Versailler Vertrages und des Youngplanes zur Verschärfung der internationalen Gegensätze und zur Kriegsgefahr führt, daß diese Fragen nur auf revolutionärem Wege durch die internationale Arbeiterklasse gelöst werden können.

Die nationalistische Verhetzung ist eines der wichtigsten Agitationsmittel der Faschisten. Eine faschistische Diktatur — wie bisher jede Diktatur ähnlicher Art — hat die Tendenz, den Widerstand der Volksmassen gegen die Verelendung und Versklavung im Innern des Landes durch außenpolitische Abenteuer zu ersetzen. Sie bedeutet deshalb eine außerordentliche Verschärfung der allgemeinen Kriegsgefahr. Die diplomatischen Verhandlungen Hitlers und seine öffentlichen Erklärungen bestätigen bereits, daß der siegreiche deutsche Faschismus eine aktive, treibende Kraft im Interventionskrieg gegen Sowjetrußland sein würde.

Der Kampf des Proletariats gegen den Krieg muß deshalb in erster Linie der Kampf gegen den Faschismus sein.

III.

Faschismus und Einheitsfront

Der Faschismus ist zunächst eine Massenbewegung von Kleinbürgern und Proletariern mit kleinbürgerlicher Gesinnung, die gegen die kapitalistische Monopolherrschaft rebellieren, aber nicht den Anschluß an die revolutionäre Arbeiterklasse finden und sich in die Arme der Reaktion werfen. In der straff zentralisierten faschistischen Partei mit ihren Militär- und Terrororganisationen findet diese Massenbewegung die Führung, die sie zum wirkungsvollen politischen Faktor macht. Die Bourgeoisie bemächtigt sich der Bewegung zur Zersetzung und Terrorisierung der Arbeiterklasse.

Die faschistische Bewegung ist ein Ausdruck der ungeheuren Verschärfung der Klassengegensätze. Sie ist aber kein Beweis für die Stärke der Arbeiterklasse, sondern für ihre augenblickliche Schwäche und Aktionsunfähigkeit. Mit der fortschreitenden Zersetzung der bürgerlichen Gesellschaft schafft der Faschismus der Bourgeoisie die Massenbasis ihrer Diktatur und das Werkzeug zur Zerstörung der proletarischen Organisationen. Die faschistische Diktatur hat also die Aufgabe, die Arbeiterklasse rechtlos und gegen die Angriffe des Kapitals auf ihre Lebenshaltung ohnmächtig zu machen. Der Sieg des Faschismus würde die Arbeiterklasse für lange Zeit fesseln, ihren eigenen Sieg weit hinauschieben.

Die Arbeiterklasse muß unter Einsetzung ihrer ganzen Kraft den Sieg des Faschismus verhindern, die faschistische Bewegung niederwerfen. Dies kann nicht erreicht werden im Pakieren mit der heutigen bürgerlichen Diktatur, die sich selber bereits auf den Faschismus stützt, sondern nur durch die Zerstörung der bürgerlichen Klassenmacht, durch die revolutionäre Zerstörung des kapitalistischen Staates. Die sogenannte „Eiserne Front“, die sich die Stützung der Brüning-Regierung zur Aufgabe stellt, ist daher zur erfolgreichen Bekämpfung des Faschismus unbrauchbar. Ihre Organisation hat lediglich zur Folge, daß antifaschistische, kampfbereite Arbeitermassen vom wirklichen Kampf gegen den Faschismus abgelenkt werden.

Der Sieg des Proletariats erfordert den Einsatz seiner gesamten vorhandenen Klassenkraft und ihre dauernde Steigerung in einer

einheitlichen Klassenfront

die im praktischen Kampf um konkrete Forderungen und Ziele das Proletariat trotz seiner heutigen parteipolitischen Zersplitterung zusammenführt.

Die Erfahrung zeigt, daß sich die proletarische Einheitsfront am ehesten im Kampf gegen den Faschismus verwirklichen läßt. Erfolgreiche Aktionen des Proleta-

riats haben regelmäßig das Kraftbewußtsein und die Aktivität der Arbeiter außerordentlich gestärkt und bewiesen, daß Erfolge im Kampf gegen den Faschismus auch zur starken Kampfkraft der Arbeiterschaft auf anderen Gebieten führen. So richtig es ist, daß der Kampf gegen den Faschismus auch ein Kampf gegen Lohnraub und das ganze kapitalistische System sein muß, so verfehlt ist es, daraus im Sinne der RGO zu folgern, daß der Kampf gegen den Faschismus mit ökonomischen Teilaktionen begonnen werden muß. Erfolgreiche Aktionen gegen den Faschismus sind mehr als alles andere geeignet, der Arbeiterschaft jenes Kraftbewußtsein wiederzugeben, daß die Voraussetzung einer allgemeinen Steigerung der Kampfkraft der Arbeiterklasse ist. Es gilt daher vor allen Dingen, durch einheitliche Aktionen gegen den Faschismus die Arbeiterschaft wieder zum Bewußtsein ihrer Kraft und zu gesteigerter Aktivität zu bringen.

Der revolutionäre Kampf kann nicht durch spontanen Kampf unorganisierter Massen zum Siege geführt werden, sondern allein durch den Kampf organisierter Proletarier. Der organisierte Kern des deutschen Proletariats ist aber bereits im wesentlichen zusammengeschlossen in den großen überparteilichen Klassenorganisationen, in erster Linie in den freien Gewerkschaften, den freien Sport- und Freidenker-Organisationen. Diese Organisationen stehen vorwiegend unter reformistischer Führung, die die Massen vom revolutionären Kampf fernzuhalten sucht.

Die politische Aufgabe des Tages ist damit, die Kampfkraft dieser überparteilichen Massenorganisationen aufs äußerste zu steigern und sie dabei von der reformistischen Führung zu lösen und bereit zum revolutionären Kampf zu machen.

Diese Aufgabe ist nur zu lösen in der Aktion um einzelne Tagesprobleme; es gilt durch beharrliche Propaganda der Aktionslösungen die Massen aufzurütteln, darüber hinaus die überparteilichen Klassenorganisationen, gestützt auf das wachsende revolutionäre Bewußtsein der von ihnen zusammengeführten Proletariatsmassen gemeinsam mit den zur Aktion bereiteten politischen Organisationen in die Aktion um solche Teilziele zu führen, die an das Verständnis der Massen anknüpfen, sie im gemeinsamen Kampf gegen Lohnraub, politische Entrechtung, faschistische Gefahr in Demonstrationen und Streiks zusammenzuführen.

Wo es möglich ist, muß die gemeinsame Aktion durch die Bildung von Kartellen zu dauernder Zusammenarbeit ausgestaltet werden. Das Ziel muß sein, durch systematische Steigerung dieser Aktionen und fortschreitende Festigung der Zusammenarbeit die Proletarier mit Hilfe der angeschlossenen Organisationen zum gemeinsamen Kampf zu führen, der auf einer bestimmten Stufe bei zielklarer revolutionärer Führung in den revolutionären Machtkampf umschlagen muß.

Es ist die Aufgabe aller Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei, in allen proletarischen Organisationen, an denen sie beteiligt sind, und in den Betrieben dahin zu wirken, daß Mitglieder- und Funktionsbeschlüsse gefaßt werden, solche gemeinsamen Aktionen um konkrete Tagesforderungen den anderen Organisationen vorzuschlagen bzw. sich an ihnen zu beteiligen. Dabei müssen alle beteiligten Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei stets geschlossen und diszipliniert nach vorher festgelegtem Plan handeln und während der Aktion die vollkommene Übereinstimmung und engste Zusammenarbeit der zuständigen Parteileitung stehen.

IV.

Vorbereitung des Kampfes um die politische Macht

In der gegenwärtigen Situation, wo die Kapitalistenklasse sich gezwungen fühlt, zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft nicht nur jede Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse abzulehnen, sondern diese immer tiefer herabzudrücken, kann das Proletariat wesentliche Erfolge nur im revolutionären Machtkampf erringen. Zugleich wird jede Aktion großer proletarischer Massen im Angriff und in der Abwehr zu einer Bedrohung der kapitalistischen Herrschaft.

Es ist deshalb notwendig, der Arbeiterklasse solche Aufgaben zu stellen, die in ihrer Gesamtheit die Macht der Bourgeoisie zersetzen, die den Bedürfnissen der breitesten Massen Ausdruck verleihen, auch wenn diese Massen noch nicht bewußt auf dem Boden der proletarischen Diktatur stehen, die deshalb mobilisierend auf die Arbeiterklasse wirken und zugleich von den Tageskämpfen zum Kampf um die Macht überleiten. Das sind Aufgaben, die bereits über den Rahmen des bürgerlichen Staates hinausgreifen, solche Maßregeln, die — nach den Worten des kommunistischen Manifestes — „ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Laufe der Bewegung über sich selbst hinausstreben und als Mittel zur Umwälzung der Produktionsweise unvermeidbar sind“.

Je verhängnisvoller sich die kapitalistische Wirtschaftsanarchie gegen die Arbeiterklasse und die breiten Mittelschichten auswirkt, je mehr die Zersetzung dieser Wirtschaft um sich greift, je unsicherer und aussichtsloser die Lage vieler Millionen wird und je brutaler der Kapitalismus um sich schlägt, um so mehr muß in diesen Millionen der Wille wachsen, in das Wirtschaftsgetriebe selbst einzugreifen und es nach eigenem Willen zu gestalten.

In dieser Situation erwacht der Sozialistische Arbeiterpartei die Aufgabe, die Gedan-

ken der Arbeiterklasse hinzulenken und ihre Aktionen auszurichten auf die Kontrolle der Produktion.

Arbeiterkontrolle der Produktion

Diese Produktionskontrolle steht im schärfsten Gegensatz zu den Gedanken der Arbeitsgemeinschaft und Wirtschaftsdemokratie und zu allen Versuchen einer Kontrolle der Kartelle usw. durch Einrichtungen des kapitalistischen Staates. Während Wirtschaftsdemokratie und Arbeitsgemeinschaft die Erhaltung und Festigung des kapitalistischen Staates bezwecken, führt der Kampf um die Kontrolle der Produktion zwangsläufig zum Kampf um die politische Macht. Die Produktionskontrolle wird sich vollziehen, indem die Organe der arbeitenden Klassen die Leitung der Wirtschaft, sowohl der Produktion wie der Verteilung, den Händen der Kapitalisten entreißen und sich zum Teil staatliche Funktionen aneignen. Zur Durchführung dieser Aufgaben sind Betriebsräte und Gewerkschaften und solche Organe der Arbeiterklasse, der Kleinbauernschaft u. a. berufen, die aus den Bedürfnissen des Kampfes selbst erwachsen. Jede ihrer Maßregeln wird zu neuen Schritten zwingen. Die Gesamtkontrolle wird nur vorwärtsschreiten mit der Schwächung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und dem Wachstum der Kraft der Arbeiterklasse, in dem Maße, wie der Kampf um die politische Macht Fortschritte macht, mit dem der Kampf um Produktionskontrolle zusammengeht, von dem er ein Teil ist. Wenn der politische Kampf stockt und zurückgeht, werden die im Kampf um die Kontrolle der Produktion errungenen Positionen nicht zu halten sein. Die vollkommene Kontrolle, d. h. die Leitung der Produktion, die Beherrschung der Wirtschaft durch die Arbeiterklasse wird erst verwirklicht nach der Eroberung der Macht.

In der Gegenwart kann sich die Bourgeoisie nur noch mit diktatorischen Mitteln an der Macht erhalten. Der Kampf zwischen Brüning und Hitler ist nur ein Streit um die wirkungsvollsten Formen der kapitalistischen Diktatur. Sozialdemokratie und Gewerkschaftsführung haben längst jeden Willen zur Macht verloren, sie sehen ihre Aufgabe nur darin, die Kräfte der Arbeiterschaft einzuspannen zur Stützung der halbfaschistischen Brüning-Diktatur.

Die Massen des Proletariats dürfen dieses frevelhafte Spiel, dessen Objekt und Opfer sie sind, nicht länger dulden. Soll der endgültige Sieg des Faschismus und die völlige Versklavung des Proletariats verhindert werden, dann muß die Arbeiterklasse im Kampf um die Macht selbst in Aktion treten. Die Arbeiterschaft und alle Schichten der ausgebeuteten werktätigen Bevölkerung müssen die Regierungsmacht selbst in die Hand nehmen.

Die Sozialistische Arbeiterpartei stellt daher der demagogischen Naziparole der Aufrechterhaltung des Dritten Reichs und der arbeitfeindlichen Tolerierungspolitik der Sozialdemokratie die Kampflösung des Proletariats entgegen:

Her mit der Arbeiterregierung!

Eine Arbeiterregierung kann sich nicht stützen auf das Parlament und parlamentarische Koalitionen. Ihre Macht muß sich aufbauen auf den Organisationen und Kampforganen der Arbeiterklasse, auf revolutionären Arbeiterräten, den proletarischen Wehrverbänden, den Kampfverbänden rebellierender Mittelschichten und Kleinbauern, die gegen den Faschismus stehen. Die Arbeiterregierung kann sich verwirklichen, noch ehe die notwendige Mehrheit der Arbeiterklasse für den Gedanken der Diktatur gewonnen ist, wenn sie aber bereits den Willen zur Macht betätigt. Sie kann sich verwirklichen z. B. in jenem Stadium der Doppelherrschaft, in der sich die Organe der Arbeiterklasse bereits staatliche Funktionen angeeignet haben, und die zentrale Leitung dieser Organe wird — unter welchem Namen immer — die Arbeiterregierung sein. Eine solche Arbeiterregierung kann kein Dauerzustand sein. Im Kampf um die Behauptung der eroberten Positionen wird die Arbeiterklasse weiter-schreiten müssen zum vollkommenen Sturz der Bourgeoisie, zur Diktatur des Proletariats.

Schluß mit der Nazipest, Schluß mit der kapitalistischen Bankrottwirtschaft, Schluß mit Lohnraub und Notverordnungs-diktatur!

Proletarische Klassenfront! Kontrolle und Leitung der Produktion durch die Arbeiterschaft! Arbeiterregierung!

Vorwärts zur Herrschaft des Proletariats und zum Sozialismus!

Die Prinzipienklärung und das Aktionsprogramm sind einer Redaktionskommission zur stilistischen Uebersetzung überwiesen. Wir werden in der nächsten Nummer die Korrekturen nachtragen.

Leser werbt für die SAZ